

# Die sogenannte gute alte Zeit.

Beiträge zur Geschichte von Cottbus im 17. und  
18. Jahrhundert.



Alle Rechte vorbehalten.

MAG/Ra

00-07397

---

Dr. Gerhard Krüger.

DTU

Mag/Ra

BTU Cottbus  
Universitätsbibliothek



\* 00-073979+01 \*

## Vorwort.

Keine vollständige Geschichte, sondern nur einzelne Ausschnitte aus der Vergangenheit unserer engeren Heimat sollen die nachfolgenden Blätter bringen. Bei der Auswahl des Stoffes wurden vor allem die Gebiete berücksichtigt, die bisher wenig oder gar nicht behandelt worden sind, wie z. B. besonders die französische Kolonie in Cottbus. Die nachstehenden Aufsätze bauen sich fast ausschließlich auf archivalischem Material aus dem Preussischen Geheimen Staats-Archiv Berlin-Dahlem auf. Durch Benutzung der Urquellen sind manche Irrtümer und Ungenauigkeiten früherer Veröffentlichungen vermieden worden. Um auch weitere Kreise für die Geschichte unserer Stadt zu interessieren, wurden die Artikel gemeinverständlich gehalten und es mußte an manchen Stellen auf ein tieferes Eingehen auf die Probleme verzichtet werden.

D. Verf.





## Cottbuser Landeshauptleute

und wie sie wirtschafteten . . .

Ein kurzer Ueberblick über die Verwaltungsorganisation des Cottbuser Kreises im 17. und 18. Jahrhundert erleichtert das Verständnis der geschichtlichen Vorgänge jener Zeit. Daher stellen wir ihn an den Anfang der folgenden Abhandlungen. Der Cottbuser Kreis zerfiel in den Stadtbezirk und das platte Land, das von Sprenkeln sächsischen Landes durchsetzt war. Die Stadt unterstand dem Magistrat mit dem *consul dirigens* (Oberbürgermeister) an der Spitze. Das zum Stadtbezirk gehörige Land wurde von den „*Ackerbürgern*“ bestellt. Das platte Land unterstand einer Guts-herrschaft, entweder einem Adligen, der Stadt oder dem staatlichen Domänenamt. Die adligen Gutsbesitzer wurden durch zwei Kommissare, auch Landesälteste und von etwa 1700 an Landräte genannt, vertreten. Der Vertreter des Landes-herrn war der Hauptmann, auch Amtshauptmann und später Landeshauptmann genannt. Er übte in den Kreisen Cottbus und Peitz die landes-herrliche Gewalt aus.

Zum Landeshauptmann wurde stets ein Adliger, zumeist aber kein Eingekessener, bestellt. Ein Vorschlagsrecht stand den Kreisadligen anfangs nicht zu. Noch 1685 bestimmte der Kurfürst den Hauptmann ohne Anhören der Stände, ja sogar gegen deren Wunsch. Allerdings trachteten die Kreisadligen von jeher, Einfluß auf die Besetzung der Stelle zu gewinnen. Als sich 1752 der Justiz-rat Kauderbach und Sekretär Köhler „*erklärten*“, Vorschläge für Besetzung der Hauptmannschaft zu machen, wurden sie von der Regierung kurz ab-gewiesen, da das Vorschlagsrecht den Ständen von Cottbus zustände. Einen Bürgerlichen als Haupt-mann lehnten die Stände 1752 schroff ab, da sie nur von „*ihresgleichen*“ gerichtet werden wollten und „*damit nicht durch Aufheben und unbilliges favorisieren widerspännstiger Unterthanen wider ihre Herrschaften hiesige Mann- und Ritterschaft*“

wiederum solche unglückliche Zeiten einer allgemeinen Rebellion im Kreise erleben als wiewer bereits vormals anno 1667 erlitten“.

Zuweilen übertrug der Landesherr die Cottbusser Hauptmannschaft verdienten Räten und Diplomaten, wie z. B. Otto v. Hade, dem Gesandten am dänischen Hof Friedrich v. Brandt und Friedrich Wilhelm v. d. Gröben. Diese hielten sich dann nicht ständig in Cottbus auf, sondern nahmen die Stelle neben ihrer sonstigen Beschäftigung wahr. So war Otto v. Hade zur selben Zeit Geheimer Rat und wurde „in vielen wichtigen Legationen der Zeit gebraucht“. In Gröbens Bestallungsurkunde heißt es, er soll „so oft er von denen seiner Vice-Kammer-Präsidenten-Stelle vorfallenden Geschäften einige Zeit abbrechen kann, sich nach Cottbus verfügen“. Später wurde die Cottbusser Landeshauptmannsstelle als bloße Einnahmequelle betrachtet, ohne daß der Stelleninhaber das Amt selbst versah. So hatte der Graf v. Gotter zwar den Titel und die Besoldung der Stelle erhalten, war aber als Gesandter in Wien und kam nie nach Cottbus. (!) Zur Justizverwaltung war v. Alising als Vizelandeshauptmann bestellt, dem der Hauptmann dafür die fürstliche Besoldung von 55 Talern jährlich aussetzte. Etwas später genossen die unmündigen Kinder des Freiherrn v. Golz die Einkünfte der Hauptmannschaft, ohne natürlich den Posten selbst versehen zu können. Aus Sparsamkeitsrücksichten ließ ihr Vormund jahrelang auch die Vize-Landeshauptmannsstelle unbesetzt. (!) Die Dekonomie besorgte der Amtskastner, die Rechtspflege ruhte gänzlich. 1751 erging ein königlicher Befehl, dem unhaltbaren Zustande ein Ende zu bereiten, jedoch wurde die Hauptmannsstelle nicht mehr besetzt.

Eigentümlich mutete die Art an, wie der später hochverdiente Georg Abraham v. Grünberg zum Landeshauptmann in Cottbus bestellt wurde. Er bewarb sich 1637 und 1639 um die Fürsprache des mächtigen Grafen v. Schwarzenberg und setzte ihm die Gründe auseinander, weshalb er die Stelle erstrebe. Die ungesunde, feuchte Cüstriner Luft sei seiner und seiner Frau Gesundheit nachtheilig. Von der reineren Cottbusser Luft erhoffte er Besserung, zumal das Amt in

Cottbus mehr Bewegung erfordere. Außerdem könne er sich von dort aus besser um sein Gütlein und seine privaten Angelegenheiten kümmern. Schließlich lockte ihn die Nähe der Festung Peitz, „dabin ich mitt den meinigen in sicherheit sein könnte, biß das Ungewitter (der 30jährige Krieg) fürüber. Der Kurfürst war anfangs nicht gewillt, ihm die Stelle zu übertragen, zumal er sie dem General v. Alizing schon zugesagt hatte und ein solch hoher Offizier in den damaligen Kriegzeiten „contentirt“ werden mußte. Da stellte ihm der Graf v. Schwarzenberg vor, daß Grünberg sowohl auf das Gehalt als Landeshauptmann als auch auf das als Cüstriner Rat verzichten wolle. Dies könne dann dem Kurfürsten zugute kommen, „da in Cüstrin bei der Regierung aniko so wenig zu tun, daß doch für alles mehr als Rätbe genug in Cüstrin sich befinden“. Dies Argument leuchtete dem Kurfürsten so ein, daß er Grünberg sogar gleich die Landeshauptmannschaft von Cottbus-Peitz übertrug, zumal sich auch noch die Ritterschaft des Cottbuser Kreises für ihn eingesetzt hatte. Bis 1642 bezog Grünberg denn auch wirklich kein Gehalt, sondern war auf Gerichtssporteln und andere Nebeneinkünfte angewiesen.

Der vom Landesherrn neu ernannte Hauptmann mußte auf der Kammer in Cölln a. Spree erscheinen, wo er sich unterschriftlich zur Innehaltung der ihm erteilten Vorschriften verpflichtete und dem Herrscher Treue schwor. Alsdann wurde er von einem der Kammerbeamten den Beamten und Untertanen zu Cottbus und Peitz als neuer Hauptmann vorgestellt.

Während 1574 Barthold v. Mandelslohe nur auf 10 Jahre „abermals“ bestallt wurde, lauteten die Anstellungsurkunden der folgenden Hauptleute auf keine bestimmte Zeit. Gewöhnlich endete das Amt erst mit dem Tode des Inhabers. Hiervon gab es aber Ausnahmen. So tauschte Friedrich v. Brand mit kurfürstlicher Genehmigung die Landeshauptmannsstelle Cottbus mit seinem Bruder gegen dieselbe Stelle in Carbis und Himmelstädt. 1722 tauschte der Hauptmann v. Derschau mit Friedrich Wilhelm v. Pannwitz die Cottbuser Hauptmannschaft gegen die von Zehden. Ein Fall der Amtsentsetzung ereignete sich. Bistum v. Eßstädt (auch Eich-

stadt geschrieben) wurde 1636 vom Kurfürsten seines Amtes enthoben, da er die Amtsuntertanen dauernd für private Dienstleistungen heranzog und sich auch sonst Unregelmäßigkeiten hatte zuschulden kommen lassen. Es hielt aber äußerst schwer, ihn loszuwerden. Er hatte sich in der Peizer Oberfeste in seinen Gemächern festgesetzt und schaltete weiter, als ob er noch Hauptmann wäre. Aus der kurfürstlichen Forst ließ er so viel Holz schlagen und durch die „Untertanen“ abfahren, wie ihm beliebte. Den Cottbusser Amtskastner, der ihm auf kurfürstlichen Befehl 49 Taler vom Gehalt abgezogen hatte, bedrohte er gar mit dem Tode und hinderte ihn nach Kräften an der Amtsausübung.

Trotz allem wollte der Kurfürst Ebstädt nicht mit Gewalt aus Peitz verweisen. Er sandte vielmehr den Cüstriner Kammermeister Hermann Lange nach Peitz, der versuchen sollte, Ebstädt mit Güte zum Abzug aus der Stadt zu bewegen. Er sollte ihm erzählen, daß der Kurfürst mit einer Anzahl Soldaten bald nach Peitz kommen würde, so daß für Ebstädt weder auf der Oberfestung noch in der Stadt Platz sei. Um ihm die Sache recht schmachhaft zu machen, sandte der Kurfürst durch Lange ein goldenes Kettchen mit seinem daranhängenden „Conterfeit“ als Zeichen besonderer Zuneigung. Würde er auch dann nicht das Feld räumen, so sollte ihn Lange halten wie einen, „der nicht bei guter Vernunft ist“.

Die Tätigkeit des Cottbusser Hauptmannes war vielseitig. Er verkörperte die oberste Polizeigewalt und mußte darauf achten, „daß die Landstraßen rein gehalten und alle Raub- und Pladereien vermieden wurden“. Als oberster Verwaltungsbeamter stand ihm die Aufsicht über die landesherrlicher Kassen, Steuern, Abgaben und Gefälle zu. In den Bestallungsurkunden wurde ihm auch die Förderung des Ackerbaus und der Viehzucht auf den kgl. Vorwerken zur Pflicht gemacht.

Die Betätigung des Hauptmannes in militärischen Dingen trat je länger je mehr in den Hintergrund. Noch in der Bestallungsurkunde des Barthold v. Mandelslohe vom Jahre 1574 wird diesem zur Pflicht gemacht, „sich in Kriegsleuten

wie es jederzeit die gelegene Zeit erfordert zum Glimpf und ernst getreulich und fleißig gebrauchen zu lassen“ und „da wir ihn auch in Kriegseuseuten in Feldzüge gebrauchen würden, so wollen wir ihm alsdann auch auf den Fall, er führe uns Reiter zu oder nicht, jedesmal gebührliche Rittmeister-Besoldung geben lassen“.

Die uns vorliegenden Bestallungsurkunden späterer Hauptleute enthalten keine Andeutungen mehr über militärische Obliegenheiten. Es scheint, daß sich die Tätigkeit der Hauptleute auf Militär-Verwaltungsaufgaben, wie z. B. Musterung der Lehnspferde, beschränkte. Militärischen Aufgaben waren die Hauptleute, die aus der Verwaltungslaufbahn hervorgingen, nicht gewachsen.

Ein typisches Beispiel hierfür ist Abraham v. Grünberg, dessen größte Sorge bei drohender Kriegsgefahr war, sich und die Seinen in Sicherheit zu bringen. Als ihm 1663 vom Landvogt der Oberlausitz gemeldet wurde, daß die Türken und Tartaren bis an die schlesische Grenze streiften, befiel ihn die Angst, daß diese wilden Gäste auch in die Lausitz kommen könnten. Er wandte sich daher an den Kurfürsten mit der Bitte, ihm wieder wie im Schwedischen Krieg den Aufenthalt in der sicheren Feste Peitz zu gestatten. Die Geheimen Räte antworteten ihm hierauf: „Nun wollen wir zwar nicht hoffen, daß die Gefahr so groß sein solle, daß des Ortes man deshalb fliehen dürfe, werden aber die Supplikation dem Churfürsten nachschicken.“

Ueber die Tätigkeit der Cottbuser Hauptleute als Justizbeamte gewinnen wir ein Bild, wenn wir einigen Gerichtsverhandlungen um 1650 beiwohnen.

Im Amtszimmer des Hauptmannes auf dem Cottbuser Schloß erscheint der Gerichtszunker Caspar von Muschwitz, der sich über die Bauern Hans Batow und Bartel Hülke aus Leuthen beschwert. Sie haben sich geweigert, die Dienste in dem Maße zu leisten, wie er sie von ihnen fordert. Muschwitz erbietet sich, seine Aussagen betreffs Höhe der Dienstleistungen durch das Zeugnis des Ältesten der Gemeinde Leuthen, der allerdings nicht zur Stelle ist, zu beweisen. Die Bauern können für ihre Gegenbehauptung keiner-

lei Papiere beibringen. Daher entscheidet der Hauptmann, daß die Angelegenheit nach der Ernte nochmals im Beisein des Dorfältesten verhandelt werden soll. Bis dahin haben die beiden Bauern dem Junker den gehörigen Respect und Gehorsam zu erweisen. Der Junker wird aber zugleich ermahnt, sie mit Schlägen und „andern Beschädigungen“ zu verschonen und den Gerichtszwang „auf ziemliche Weise zu gebrauchen“.

Darauf werden Wolf George von Löben und Matheus Budich, der 30 Jahre als Schäfer in Schorbus bei ihm tätig war vorgelassen. Budich verlangt von seinem bisherigen Dienstherrn restlichen Lohn an Getreide und Geld. Als Beweis bringt er seine schriftliche Bestallung und die Kerbhölzer mit. Dem Beklagten sind bei Feuersbrunst und Plünderung seine Gegenkerbhölzer und Register abhanden gekommen. Daher stände dem Kläger eigentlich das Getreide und Geld zu. Da aber in den großen Kriegsdrangsalen dem v. Löben alles Getreide mehrere Male ausgesuttet worden ist, spricht der Hauptmann dem Schäfer nur das rückständige Geld und die Hälfte des verlangten Getreides zu.

Nun gilt es, einen Streitfall zwischen zwei Adligen zu schlichten. Christoph von Pannwitz hat Caspar v. Kottwitz seiner Zeit eine Braupfanne geliehen, deren Wert er auf 80 Taler schätzte. In den schlimmen Kriegszeitern ist die Braupfanne abhanden gekommen. Kottwitzes Witwe behauptet, daß die Pfanne einen viel geringeren Wert hatte. Abraham von Grünberg verurteilt sie, an Pannwitz im folgenden Jahr 30 Taler Entschädigung zu zahlen.

Der Pfarrer Johann Wehlendorf aus Lasow beschwert sich beim Hauptmann, daß ihm seine Patrone, die Herren v. Stutterheim, den „Dezem“ nicht geben wollen. Der Pensionarius (Pächter) Adam v. Below habe ihn gar beleidigt und in der Pfarre Erzeße verübt. Auch über seine Gemeindeglieder hat der geistliche Herr Klage zu führen wegen „unfleißiger Besuchung des Gottesdienstes, Entheiligung des Sabbats und dabei vorhandener Ueppigkeit als auch anderer Widerspenstigkeiten“. In der Vernehmung entschuldigen sich die Beklagten mit Armut und

beschuldigen den Pfarrer, daß er mit niemand in Frieden lebe, in Gerichtssachen allerhand Eingriffe und Tätlichkeiten verübe und den Gemeindegliedern ein arges Exempel gebe. Der Hauptmann erteilt v. Below einen scharfen Verweis. Er muß dem Pfarrer vor dem Amte Abbitte leisten, was ihm recht sauer fällt. Der Pfarrer soll künftig seinen „Dezem“ erhalten, auch hat ihm v. Below bei seiner Anheimskunft eine Ziege zu gehen für die aus Unachtsamkeit des Hirten von Wölfen zerrissene. Die Bauern werden für die Zukunft zum regelmäßigen Kirchgang angehalten. Andererseits hat sich der Pastor ehrbar und unsträflich zu verhalten, sich nicht in fremde Händel zu mischen und soll private Zänkereien und üble Reden unterlassen.

Auch als Schlichter zwischen Liebesleuten lernen wir den Hauptmann kennen. Der Schneider Hans Lübe unterhielt mit Hans Klinkes Tochter aus Sandow eine Liebschaft. Nach einiger Zeit entwich Lübe aus der Stadt, wurde jedoch wieder eingefangen und ein paar Tage in Haft behalten. Vor dem Hauptmann einigen sich nun die Parteien dahin, daß Lübe seine Braut zu heiraten verspricht. Dagegen bewilligt der Schwiegervater als Mitgift 20 Taler, 4 Rinder und ein Stück Acker. Außerdem will er den jungen Leuten Wohnung bei sich vergönnen, bis sie ein eigenes Heim haben.

Während des Dreißigjährigen Krieges und nach dessen Beendigung sind Streitigkeiten zwischen den Gläubigern und den arg verschuldeten adligen Gutsherrn sehr häufig. Hier zeigt sich Hauptmann v. Grünbergs Geschick, vermittelnd einzugreifen und annehmbare Vorschläge zur Einigung zu unterbreiten.

Ueber der Hauptleute Tätigkeit in ernstesten Streitigkeiten zwischen dem Adel und den Gutsuntertanen berichtet uns die nächste Abhandlung.

Der Adel und bis zur Verpachtung der Domäne auch die Amtsuntertanen hatten die erste Instanz vor der Landeshauptmannschaft. Sie war Appelationsgericht für 1) den Magistrat zu Cottbus und Peitz, 2) die Stadtgerichte zu Cottbus,



3) die adligen Gerichte des gesamten Reichbildes und 4) nach der Verpachtung der Domäne für die Aemter Cottbus und Peitz.

Die Gerichtsporteln bildeten einen Teil der Einnahme des Hauptmannes. Daneben standen ihm Naturalien zu, in erster Linie Korn, ferner 5 Zentner Karpfen und 5 Zober Speisefisch, Brennholz und Wiesennutzung. Das feste, bare Gehalt belief sich zumeist auf 500 Taler. Die Cottbusser Hauptmannschaft muß eine gute Einnahmequelle gewesen sein, wurde doch der Wert aller Bezüge des Hauptmanns v. Ebstädt auf 2002 Taler jährlich veranschlagt.

Aus dem Garten hinter dem Schloß stand dem Hauptmann das notwendige Gartengewächs zu. Eifersüchtig wachte die Cüstriner Kammer, daß sich der Hauptmann hiervon nicht zu viel aneignete. So berichteten die Cüstriner Räte dem Kurfürsten 1640, daß im Cottbusser Schloßgarten ein reicher Segen von allerhand schönem Obst wäre, das man für die kurfürstliche Hofhaltung benutzen könne. Der Cottbusser Hauptmann wolle aber alles Obst für sich selbst haben. Darauf entschied der Kurfürst, daß dem Hauptmann nur der vierte Teil des Obstes zusteh, wie auch seinen Vorgängern.

Schließlich hatte der Hauptmann freie Wohnung auf dem Schlosse. Jedoch durfte er nur die ihm zugetheilten Räume in Benutzung nehmen. Wollte er einmal ausnahmsweise andere Gemächer benutzen, so mußte er zuvor um Erlaubnis einkommen. 1669 meldete Abraham v. Grünberg, daß seine jüngste Tochter Sabine sich mit seines Bruders Sohn verheiraten wolle und bat um Genehmigung, die Hochzeit auf dem Schlosse feiern zu dürfen. Sie wurde ihm erteilt, jedoch sollte Grünberg aufpassen, daß durch Brand und Feuer kein Schade verursacht würde.

Nachdem wir uns bisher mit der Cottbusser Hauptmannschaft im allgemeinen befaßt haben, lassen wir ein Verzeichnis der Männer folgen, die das Amt seit 1600 bekleidet haben. Im voraus ist zu bemerken, daß die wenigsten Hauptleute großen Einfluß auf die Geschichte von Cott-



bus gehabt haben. Daher begnügen wir uns zumeist mit Aufzählung des Namens und der Amtszeit.

Otto v. Hake (auch Hake von Berg bezeichnet) 1589—1604. Wedig Reimar Edler von Putlik 1606—? Weichmann v. Winterfeldt 1610—? Seinem Nachfolger Gebhard von Alvensleben 1625—1627 wurde das Amt als Pfand für ein dem Kurfürsten gewährtes Darlehn gegeben. Zuvor hatte er die Hauptmannschaft Beeskow-Storkow innegehabt, sich dort aber überaus verhasst und unmöglich gemacht. Carl Peter sen „Die Geschichte des Kreises Beeskow-Storkow S. 178“ schreibt über letzteren abschließend: „Doch muß man bei aller Langmut und Schwäche Georg Wilhelms, auch wenn man annimmt, daß er meinte, auf die Familie des Hauptmanns Rücksicht nehmen zu müssen, aufs höchste erstaunen, wenn man erfährt, daß ein Menich, der eine große Landschaft durch Willkür, Gewissenlosigkeit und schamlose Habgier in Grund und Boden ruiniert hatte, mit einem Sack voll guter Reichstaler und der ausdrücklichen Verzeihung des Kurfürsten für allen Schaden, den er angerichtet, für alle Verbrechen, die er begangen hatte, sich davonmachen konnte, um auf einem andern Amt sein Treiben von neuem zu beginnen.“ Das Material über Alvenslebens Cottbusser Tätigkeit, die ja nur sehr kurz war, ist nicht umfangreich genug, um ein Urteil zu erlauben. Am 6. Juni 1627 starb Alvensleben und wurde in der Oberkirche begraben. Ein Jahr lang war der Obristleutnant v. Ködritz als Verweser der Cottbusser Hauptmannschaft tätig. Dann entließ ihn auf seinen Wunsch der Kurfürst aus dem Amt. Von 1628 bis 1636 bekleidete Biktum von Ebstädt, der Alvenslebens Nachfolger in Beeskow-Storkow gewesen war, die Cottbusser Hauptmannsstelle. Von ihm haben wir im vorhergehenden Teil zur Genüge erzählt.

Infolge der schlimmen Kriegszeit und der schlechten Verwaltung Ebstädts lasteten schwere Schulden auf dem Amte. Daher schlug der Cüstriner Rat Hermann Lange dem Grafen v. Schwarzenberg vor, das Amt wenigstens vier

Jahre ohne Hauptmann zu lassen, um dessen Besoldung zu sparen. Sehr zum Verdruß der Kreisadligen verwaltete daher der Amtskastner **Jahn** von 1636—1639 das Amt.

Die Vorgeschichte der Bestallung **Abraham von Grünbergs** haben wir im Vorhergehenden eingehend behandelt. Er trat in schlimmster Zeit das Amt an. Den Berichten des Magistrats und der Ritterschaft entnehmen wir das Folgende: Stalhans' Horden, aus Deutschen, Polen und Schweden bestehend, hatten in Cottbus Winterquartier gehalten. Brand und Raub waren ihre tägliche Beschäftigung. Sie hatten den Bauern sämtliches Korn ausgedroschen, die Winterfaat vernichtet, die Gebäude verwüstet und viele Untertanen auf dem Lande veriaßt. Da gab es nach ihrem Abzuge weder Anspann, noch Zug- und Melkvieh, geschweige Getreide und Brot. Die wüsten Söldner hatten „alles zerschlagen, verschleppt, aufgerissen, zerschmettert und durchgraben. ja auch die Kirchen und Gräber der Abgestorbenen im geringsten nicht geschont.“ Viele Bewohner des platten Landes hatten sich nach dem benachbarten Sachsen in Sicherheit gebracht, so daß die Hälfte der Hufen wüst lag. In der Stadt sah es nicht besser aus, auch hier war viel ruiniert, viele Einwohner waren veriaßt. Ihre verlassenen Häuser wurden von den Soldaten eingerissen und das Holz zur Feuerung benutzt.

Erpressungen von Freund und Feind hatten aus den Bewohnern das Letzte herausgeholt. Infolgedessen gingen die Steuern nur schlecht ein. Der Respekt vor den Gesetzen war geschwunden, die Sitten waren durch den Krieg verroht.

Ein groß Teil des Verdienstes, in diese wahrhaft trostlosen Verhältnisse wieder Ordnung gebracht zu haben, gebührt **Abraham von Grünberg**. In langer, unermüdlicher Kleinarbeit, mit dem Widerstand der Ritterschaft, des Magistrats oder der Bauern kämpfend, ist ihm das Werk des Wiederaufbaus gelungen. Es bedeutete für ihn eine ehrenvolle Anerkennung seiner Tätigkeit, als ihn der Kurfürst 1671 zum Verweser des Herzogtums Crossen-Zülichau ernannte. 1672 starb Grünberg auf dem Schloß zu Cottbus und wurde in der Kirche seines Erb- und Rittergutes Beigesetzt.

Ihm folgte als Landeshauptmann in Cottbus Philipp Wambold v. Umhstädt 1672 bis 1685. Nun hätten die Kreisadligen gern einen der ihrigen, den Landesältesten v. Klinking, als Landeshauptmann gesehen. Allein, entgegen ihrem Wunsche bestimmte der Kurfürst den Gesandten Friedrich v. Brandt zum Hauptmann. In seiner Abwesenheit verwaltete sein Bruder Ludwig von Brandt, Verweser des Herzogtums Crossen, von 1685—1689 das Amt. Von 1689 bis 1691 finden wir Friedrich v. Brandt und 1691—1706 seinen Bruder Eusebius v. Brandt als Cottbusser Hauptleute. Mit Wilhelm v. d. Gröben 1706—1720 erhielt Cottbus einen tatkräftigen Hauptmann, der sich auch gegen den widerstrebenden Kreisadel durchzusetzen verstand. Einzelheiten über die Bauernunruhen im Cottbusser Kreise während seiner Zeit bringt der nächste Artikel.

1719 erhielt der Major v. Derchau die Anwartschaft auf die Aemter Cottbus-Beiz und wurde 1721, am 12. April, endgültig damit bestellt. 1722 tauschte er die Aemter ein mit Friedrich Wilhelm v. Pannwitz, der sie von 1722—1731 innehatte. Den nächsten Hauptmann, Freiherrn v. Gotter, hat Cottbus wohl nie gesehen. Seine Tätigkeit beschränkte sich darauf, besonders wichtige Schriftstücke, die man ihm nach Wien sandte, zu unterzeichnen und das Gehalt zu vereinnahmen. (!) Als Vize-Landeshauptmann vertrat ihn Leopold v. Klinking auf Schorbus, der 1748 starb. Die Einkünfte der Hauptmannschaft wandte der König schließlich dem General-Major Georg Konrad v. d. Goltz und später dessen Kindern zu. Die Stelle selbst blieb unbesezt und ging ein.

## **Die Lage der gutherrlichen Bauern im Cottbusser Kreise nach dem Dreißigjährigen Kriege bis zum Regierungsantritt Friedrichs des Großen.**

Die häufigen Bedrückungen und Plünderungen, denen die Bauern des Cottbusser Kreises während des Dreißigjährigen Krieges in hohem Maße ausgesetzt waren, bewirkten, daß

viele von ihnen in die Städte zogen. Hier hatten sie nicht nur bessere Verdienstmöglichkeiten, sondern auch größeren Schutz gegen feindliche Überfälle. Viele junge Landleute waren überdies zum Heere entlaufen oder durch Werber mit Gewalt und List zum Kriegsdienst gezwungen worden. Andere hatten Seuchen und Krankheiten dahingerafft, so daß 1642 geklagt wurde, daß im Cottbusser Kreise die Hälfte der Untertanen während des langen Krieges „gestorben, verdorben und entlaufen sind“.

Nach Beendigung des Krieges herrschte ein fühlbarer Mangel an Landarbeitern. Andererseits hatten die adligen Guts herrschaften ihren Besitz durch Einziehung wüster Bauernstellen vergrößert, für deren Bewirtschaftung sie den ihnen verbliebenen Untertanen neue Lasten und Dienste aufzubürden bestrebt waren. Versuchte der „erbu ntertänige und hörige Bauer“, sich den vermehrten Forderungen zu widersetzen, so mußte er zur Strafe spinnen, ja zuweilen wurde ihm das Vieh aus dem Stalle gepfändet, um ihn gefügig zu machen.

Gegen die Uebergriiffe ihrer Guts herrschaft blieb den Bauern die Beschwerde bei dem Cottbusser Hauptmann oder dem Landesfürsten. Zwar war dieser aus vielen Gründen auf die Unterstützung seitens des Adels angewiesen, trotzdem aber nahm er sich mehrfach der bedrückten Bauern an und war bemüht, die ärgsten Mißstände zu beheben. Als sich 1648 die Bauern der v. Pannwitschen Dörfer Rahren, Koppak, Nagogna, Katlow und Schlichow über ihre Herrschaft beschwerten, wurden sie zwar vom Hauptmann v. Grünberg abgewiesen und „zum Respekt und zur Pflichterfüllung gegen ihre Obrigkeit“ ermahnt. Auf ihre erneute Klage 1650 befahl aber der Kurfürst dem Hauptmann, dafür zu sorgen, daß die Bauern bei ihren alten Gewohnheiten belassen und mit keiner Neuerung beschwert würden.

Im wohlverstandenen Interesse des Landes ordnete Grünberg an, daß die Bauern von ihrer Herrschaft nicht „immer über Nacht“ außerhalb ihres Wohnortes zur Arbeit behalten werden sollten, sondern ihren Ackerbau und Nahrung auch in Acht nehmen und bestreiden, das Feuer be-

wahren und also ihren Gütern, Weib und Kindern, wie sich gebühret, vorstehen könnten, da sonst sie nicht lange aushalten und ihre Güter stehen lassen oder in Verfall geraten würden“.

Den Anlaß zu dieser Verfügung hatte eine Beschwerde der Gemeinde Mischen gegeben, deren Herrschaft v. Hagn die Bauern häufig über Nacht „außerhalb des Landes“ behielt, um sie auf dem Gute Rittlitz zu beschäftigen. Als v. Hagn sie gar mit Gewalt zwingen wollte, rotteten sie sich zusammen und leisteten mit Nexten bewaffnet seinen Bedienten Widerstand. „Aus obrigkeitlicher affection“ erklärte sich v. Hagn bereit, sie außerhalb des Dorfes Mischen nicht länger als drei Tage in der Woche über Nacht, in der Roggen-Ernte und Saat-Zeit aber vier Tage, beschäftigen zu wollen.

Auch gegen ungewöhnlich harte Strafen durch ihre Gutsherren schützte der Kurfürst die Bauern. So hatte 1664 der Junker in Leuten den Bauer Sult, der ihn beleidigt hatte, drei Tage an Hals, Händen und Füßen so fest in Eisen schließen lassen, daß er sich nicht mehr rühren konnte. Sults Frau eilte zum Kurfürsten und zeigte die mitgebrachten Eisen vor. Der Gewalttätige von Leuten erhielt darauf einen ernsten Verweis und den Befehl, die Eisen nie wieder zu gebrauchen, da es eine grausame und barbarische Art der Bestrafung sei.

In den folgenden Jahren mehrten sich die Beschwerden der Bauern im Cottbuser Kreise über die ihnen abgeforderten Dienste und Abgaben. Es kam zu Versammlungen, in denen zuweilen sogar gänzliche Befreiung von allen Diensten und Abgaben gefordert und die Gutsherrschaften mit Verjagung bedroht wurden. Auf Wunsch der Ritterschaft fand vom 10. bis 13. Juli 1667 eine Untersuchung aller Beschwerden auf dem Schlosse zu Cottbus statt. 55 Dörfer brachten ihre Klagen vor, gegen welche sich die anwesenden Gutsherren unter Berufung auf alte Lehnbriefe und Hausbücher verteidigten. Die kurfürstlichen Kommissare verordneten, „was der Obervanz, Landesordnung und beschriebenen Rechte gemäß gewesen“. Einige Dörfer beruhigten sich mit dem Entscheide jedoch nicht, sondern

riefen die höhere Instanz an. Für den 7. Juli 1668 wurden die Abgesandten der Dörfer nach Küstrin beschieden, wo eine erneute Verhandlung stattfand. Hierbei brachten die Bauern besonders folgende drei Klagen zu Gehör: 1. daß sie täglich zu Dienste gehen, von früh morgens bis auf den späten Abend bei ihrer eigenen Kost alles verrichten (!) und auch des Nachts die adligen Höfe bewachen müßten, 2. daß ihre Kinder, so bald sie etwas erwachsen, ungeachtet sie derselben selbst benötigten, zum Dienste gezwungen würden, 3. daß ihnen von ihrer Herrschaft die Hütung entzogen würde.

Neben diesen gemeinsamen Klagen hatten einzelne Dörfer noch Sonderbeschwerden, für deren Untersuchung die Einsetzung einer Kommission erbeten wurde.

Der Kanzler und die Räte der Neumärkischen Regierung entschieden, daß die drei erwähnten Punkte bereits im Vorjahre zur Genüge erörtert worden wären und daß die Special-Beschwerden der Dörfer beim Amte Cottbus anzubringen seien. „Weil aber die Bosheit der unruhigen Leute wegen ihres unbefugten Klagens (!) und daß sie auch dem Churfürstlichen Edikt zuwider noch unlängst zusammengelaufen, in offenem Felde conventicula gehalten und Collekten gemacht, andern zum Abscheu billig zu bestrafen“ war, so wurden aus den anwesenden Beschwerdeführern die „Rädelsführer“, die Schulzen von Kieckbusch, Trebendorf, Strausdorf, George Resag, Peter Mroß und Hampusch aus Branik zu 14tägiger Ball-Arbeit bei der Festung Küstrin verurteilt und sogleich abgeführt. Als sich Resag und Mroß später gar unterstanden beim Kurfürsten persönlich Beschwerde über ihre Herrschaft v. Pannwitz zu führen, wurden sie zu 7 und 8 Jahren Festung verurteilt, da sie ihren Eid, sich nicht wieder zu den aufrührerischen Bauern zu gesellen, verlegt hätten. Mroß mußte seine Zeit in Peisk absitzen, während es Resag gelang zu entfliehen.

Derartige Maßnahmen waren nicht geeignet, die aufgeregten Gemüter zu beruhigen. Zwar konnten Beschwerden nach wie vor beim Landesherrn selbst vorgebracht werden, jedoch hatte dieser in einem Edikt vom 27. 7. 1667 den Cott-

büßer Untertanen verboten, ihn „mit gesamter Hand“ anzulaufen und befohlen, Klagen schriftlich abzufassen und durch ein oder zwei der Gemeinde überreichen zu lassen. „Da sie denn zwar warten, was wir darin gnädigt verordnen wollen. So lange aber solches nicht erfolgt, soll sich ihrer keiner unterfangen, eigenwillig sich der bißhero von ihnen geleisteten Schuldigkeiten gegen ihre Obrigkeiten in einigen wegen zu entziehen oder sonst ungehorsam und widersätzlich gegen sie sich zu erweisen.“ Beschwerden der Bauern über Höhe der Dienste versprachen wenig Erfolg, waren sie doch nach der Landesordnung und dem Rezek von 1667 verpflichtet, ihrer Herrschaft täglich von Sonnen-Aufgang bis Untergang zu dienen. Daselbe wurde nochmals in der Cottbusser „Bauer-, Gesinde-, Hirten- und Schäfer-Ordnung“ von 1668 ausdrücklich festgelegt neben andern drückenden Bestimmungen über die Dienstpflicht und Gebundenheit der Bauern und ihrer Kinder. Einige Herrschaften zwar übten ihre Rechte mit Rücksicht aus und forderten die Dienste nur teilweise. Andere dagegen konnten sich nicht genug tun in der Bedrückung ihrer Bauern. In dem Berichte des Cottbusser Hauptmanns von Gröben vom Jahre 1708 werden die Bauern wendischer Abstammung zwar als Leute „sehr widerspänstiger und hartnäckiger Natur“ geschildert, andererseits wird aber auch berichtet, daß „viele von ihren Obrigkeiten dergestalt niedergehalten und gedruet werden, daß sie kaum das bloße Leben erhalten können und fast zu desperaten Unternehmungen gebracht werden, indem teils vom Adel ihre Untertanen mit aller Schärfe auch wohl unverdienter Weise oder ab causae cognitione straffen, auch wohl gar aus dem Ibrigen stoßen, wie dem insonderheit der Dienstzwang der Untertanen Kinder wie auch derer Dienste an sich sehr hart ist, indem diejenigen, welche indeterminierte Dienste haben und täglich dienen müssen, noch dazu die schweren Burgfest-Fuhren über ihre ordinären Dienste und sonntäglichen Fuhren zu entrichten schuldig sein sollen“.

Die unerträglichen Lasten führten dazu, daß die Bauern auch weiterhin im geheimen Zusammenkünfte veranstalteten und Geld sammelten,



um gemeinsam gegen ihre Herrschaften vorzugehen.

Im Jahre 1715 erreichten die Unruhen im Cottbuser Kreise den Höhepunkt. Allenthalben verweigerten die Bauern in adligen Dörfern der Herrschaft Dienste und Gehorsam. Nach wendischem Brauch landte der Haupträdelsführer, Schulze Hans Lehmann aus Eichow den Stock herum. Als er deshalb verhaftet wurde, hielten die Bauern den Wagen an, auf dem er fortgeschafft werden sollte und befreiten den Gefangenen. Mehrere Bauern machten sich auf den Weg nach Berlin und trugen dem König ihre Beschwerden vor. Dieser ordnete an, daß das Amt Cottbus die Angelegenheit gründlich untersuchen solle. Eine Kommission, bestehend aus dem Hauptmann v. Gröben, Kirchhof und W. Hille, forderte die Bauern sowie die Ritterschaft auf, zum Termin am 27. März Abgesandte nach Cottbus zu schicken. Die Bauernschaft erschien vollzählig, so daß „kein einziger Wirt zu Hause geblieben“. Falls man sie wieder wie früher bestrafen würde, drohten sie zu 100 oder 200 nach Berlin zu ziehen und ihre Angelegenheit persönlich vor den König zu bringen.

Sieben Beschwerden trugen sie der Kommission vor. Sie betrafen die Länge der täglichen Dienstzeit, den Dienstzwang ihrer Kinder, das Loskaufgeld für ihre Söhne und Töchter, Sonntags-Kirchfahrten für die Herrschaften, Dienstpflicht alter Leute und die Pflicht der Bauern, die Lasten für wüste Stellen zu tragen, welche die Herrschaft an sich gezogen hatte.

Der Bescheid der Kommission fiel für die Bauern recht ungünstig aus. Es wurde an die obere Behörde berichtet, daß die „allerwenigsten Gerichts-Obrigkeiten die Dienste, wie sie befugt wären, voll verlangen“. Die Kommission empfahl, die Rädelsführer, Hans Lehmann aus Eichow, Jürgen Quarow aus Kessen, Dalitz aus Werben, Jürgen Lohse aus Eichow, Hans Richter aus Lieskow, mit 2—3 Monaten Gefängnis bei gewöhnlicher Gefangenentrost zu bestrafen, diejenigen aber, die bei Lehmanns Befreiung mitgewirkt hatten, auf dieselbe Zeit nach Peitz zur Festungsarbeit zu senden. Es wurde dem König ferner



empfohlen, nochmals bei schwerster Strafe Zusammenkünfte und Geldkollekten zu verbieten. Die Bauern wurden aufgefordert, nach Haus zu gehen und der Herrschaft „allen schuldigen Respekt und Gehorsam zu erweisen“, bis des Königs Entscheid einträfe.

Die Angelegenheit stand somit für die adligen Herrschaften sehr günstig. Obendrein sicherten sie sich gegen eine für sie etwa ungünstige Wendung und baten ihren Gönner, den Stats-Minister v. Blotho, ihre Partei zu ergreifen, „falls der Bericht mehr vor die Untertanen als vor uns sollte abgestattet sein. Falls S. Majestät auf die Gedanken gebracht worden sei, ob ginge einer oder der andere von unsern Mitglieðern etwan mit seinen Untertanen sehr hart und unverantwortlich um und legte jeder mehr Dienste auf, als den Untertanen erträglich wäre“, so baten sie eine Untersuchung Dorf für Dorf zu bewirken. Sie vertrauten auf das „practische Werk“ des Ministers und erklärten sich bereit, „nicht allein auf alle art und Weise recognoscant zu sein“, sondern sich auch „zu allen andern vorfallenden Diensten willig und bereit finden zu lassen“.

Der König ordnete nun zwar die Verhaftung der aufrührerischen Bauern an, befahl aber zugleich eine erneute Untersuchung, bei welcher der Hauptmann v. Gröben wieder zugegen sein sollte. Sie fand am 6. Juli 1715 in Cottbus auf dem Schlosse statt. Jedoch hatten sich wiederum viele Bauern aus Dörfern, die nicht vorgeladen waren, eingefunden, die auf ungestüme Art eine Abschrift des kgl. Reskriptes forderten. In aller Stille ließ Gröben durch einen Leutnant und 30 Mann die Brücken und Tore des Schloßes besetzen und verhaftete die Räufelsführer, Jürgen Rothow, Noack, Zerum, Matuschke, Janike, Bußlen aus Eichow, Siedt, Muster, Stoiden, Semisch, Balisch, Schulke aus Krieschow, Jürgen Quarow aus Kessen, Dahlitz aus Werben, Hans Richter aus Lieskow und Jürgen Laust aus Gosda. Wegen Namensgleichheit wurde versehenflich auch Richter aus Koltwik verhaftet und nach Peitz abgeführt. Die Verhafteten sowie die übrigen Anwesenden waren durch das Vorgehen des Haupt-

manns äußerst erbittert und drohten, von nun an ihrer Herrschaft überhaupt keine Hofdienste mehr zu leisten.

Der Haupt-Rädelsführer, Schulze Lehmann aus Eichow, befand sich nicht unter den Verhafteten, da er wohlweislich nicht zur Versammlung in Cottbus erschienen war. Er benutzte seine Freiheit, die Bauern in den Dörfern weiter aufzuwiegeln. Als er sich im Juli 1715 zum Gottesdienst in die Krieschower Kirche wagte, wollte ihn Egidius Leonhart v. Zabeltitz verhaften lassen. Da aber das Krieschower Dorfgericht sich weigerte, ihm hierbei Hilfe zu leisten, hielt der Herr v. Zabeltitz höchstselbst den Lehmann fest. Er hatte aber die Rechnung ohne die stämmigen Bauern gemacht. Jürge Goltz aus Eichow ermunterte die andern zur Gegenwehr. Während Lehmanns Vater den Herrn v. Zabeltitz bei der Kehle packte und andere seine Füße und Hände festhielten, entrissen sie ihm den Gefangenen und brachten Lehmann auf sächsisches Gebiet unter Begleitung von 50 Mann in Sicherheit. Als Reisepfennig legten die Bauern je einen Dreier zusammen. Lehmann begab sich nun nach Berlin, wo er den Entscheid des Königs anrufen wollte. Allein die Ritterschaft des Cottbuser Kreises, die hiervon Kenntnis erlangt hatte, veranlaßte seine Verhaftung an den Toren Berlins. Am 8. September 1715 konnte der Cottbuser Landrat v. Klinking dem Hauptmann triumphierend melden: „Die Ritterschaft erfreut sich nicht wenig, daß dieser Erz rebellische Vogel noch endlich einmal in die Hände seines gerechten Richters gefallen.“ Lehmann wurde in die Berliner Hausvogtei gebracht, von wo ihn der Kommandant von Peitz abholen lassen sollte. Man sah aber keine Möglichkeit, „diesen Bösewicht sicher nach Peitz zu bringen, zumal die Peitzer Garnison zu der Zeit gerade sehr schwach war. So wurde Lehmann auf Ersuchen des Peitzer Gouverneurs nach der Festung Spandau gesandt. Für seine Verpflegung zahlte der Kreis Cottbus im voraus, hielt sich aber an Lehmanns Eigentum schadlos.

Inzwischen waren die Frauen der Gefangenen angewiesen worden, die Dienste für ihre Männer zu leisten,

„da die Festungshaft sonst keine Strafe wäre, wohl aber dem Edelmann zum höchsten Schaden gereichen und sie immerhin lieber zu Peit ihrer Halsstarrigkeit nach die Dienste als ihrer Obrigkeit verrichten würden“. Im Falle des Widerstandes bat man, die Dörfer mit militärischer Exekution zu belegen und mit Eichow den Anfang zu machen. Der König bewilligte am 26. August die Exekution, wies aber den Hauptmann an, „hierbei dahin zu sehen, daß die Untertanen nicht gar ruiniert werden.“ Weiterhin sollte der Hauptmann nochmals untersuchen, ob in einem oder dem andern Ort nicht doch befugte Beschwerde geführt werde und den Bauern soweit es billig zu helfen.

Nach kurzer Haft wurden die Gefangenen, teilweise auf Bitte ihrer Herrschaft, wieder in Freiheit gesetzt. Gegen ihr eidliches Versprechen, sich künftig ruhig und gegen ihre Obrigkeit gehorjam zu verhalten, auch bei keinen verbotenen Zusammenkünften, Geld-Collectierung und Verhörung anderer niemals sich finden lassen zu wollen, ließ man auch die Anführer Lehmann und Martin Dahlik frei. Bald jedoch waren die beiden wieder am Werk, den Aufruhr zu schüren. Besonders Lehmann hielt Versammlungen ab, in denen er den Bauern verbot, ihre Hofdienste zu leisten, und Holz für die Herrschaft zu schlagen. Er ermunterte sie überdies, sich nichts nehmen zu lassen und sich zur Wehr zu setzen. Die Freiheit, so sagte er ihnen, käme für sie erst, wenn die Edelleute aus dem Wege geräumt wären und das Land verlassen hätten.

Bald wurde die Ritterschaft auf das Treiben der Bauern aufmerksam und nahm 1717 die Auführer wieder fest. Nachdem von der iuristischen Fakultät der Universität Rostock ein Gutachten eingeholt worden war, wurde Lehmann zu lebenslänglicher Festungshaft, Martin Dahlik zu 1 Jahr, Mathias Denkel zu ½ Jahr Festung, Mathias Britschke, Paul Rieke, Jürgen Petsche zu 14 Tagen Gefängnis bei Wasser und Brot verurteilt. Martin Dahlik scheint in seiner Festungshaft in Vergessenheit geraten zu sein, denn obwohl er auf Bitte seiner Frau bereits nach ½ Jahr begnadigt wurde, saß

er noch 1721 auf Festung. Selbst dann machte der Kommandant von Küstrin seine Freilassung davon abhängig, daß er 27 Tlr. 4 Gr. 8 Pf. für Verpflegung während seiner Haft und Schließgeld zahle. (!) Hier mußte der König erst wieder eingreifen mit dem Befehl, daß die Obrigkeit die Kosten tragen solle, da Dahlik statt eines Jahres 4 Jahre verbüßt hatte. 1721 wurde er endlich freigelassen. Zur selben Zeit wurde ein Gesuch um Begnadigung des Lehmann abschlägig beschieden. Von ihm fehlen weitere Nachrichten.

Die Unruhen unter den Bauern dauerten in der Folgezeit an. Da sie eine Besserung ihrer Lage nicht erreichen konnten, entzogen sich viele der Bedrückung durch die Flucht ins Sächsisch-e. Hier wurden sie gern aufgenommen und nach Möglichkeit verborgen gehalten. So beschwerte sich 1719 die Ritterschaft des Cottbusser Kreises, daß sich ihre Untertanen unterständen, mit Weib und Kind, Vieh und Hofwehr nach Sachsen davonzugehen, wo sie von der Amtregierung zu Lübben geschützt würden. „Viele“, so heißt es in einer Eingabe vom Jahre 1734, „verheirateten sich dort, und weil sie öfters in ihrem Vaterlande wenig zu verlieren haben, kommen sie gar nicht wieder zurück.“ Das begreifliche „Entlaufen“ nahm derart überhand, daß die Ritterschaft des Cottbusser Kreises 1734 klagte, daß „Dienstknechte für höchst nötige Bearbeitung des Acker und Wirtschaft fast nicht mehr zu erlangen“ wären.

Beim Regierungsantritt Friedrichs des Großen befanden sich die gutherrlichen Bauern des Cottbusser Kreises im allgemeinen in trauriger Lage. Sie waren vielfach abhängig von Herrschaften, die leicht geneigt waren, die ihnen gesetzmäßig zustehenden Rechte bis zum Äußersten auszuüben, ja zuweilen gingen sie noch darüber hinaus. Beschwerden beim Landesherren brachten mitunter kleine Erleichterungen, konnten aber naturgemäß keine grundlegende Aenderung bewirken.

Die sogenannte gute alte Zeit hatte also in mannigfacher Beziehung ihre argen Schattenseiten.

## Die französische Kolonie in Cottbus.

Durch die Aufhebung des Edikts von Nantes am 18. Oktober 1685 wurde jede Duldung gegen die französischen Hugenotten von Ludwig XIV. widerrufen. Des Rechtsschutzes beraubt, suchten viele von ihnen Rettung durch die Flucht ins Ausland. In hochherziger Weise nahm sich der Große Kurfürst der bedrängten Glaubensgenossen an und öffnete ihnen durch das Potsdamer Edikt vom 29. Oktober 1685 gastfrei seine Lande. Eine große Menge französischer Flüchtlinge folgte der Einladung und kam nach der Mark Brandenburg. Für viele bildete Berlin das Ziel ihrer Reise. Von hier aus wurden sie je nach den Umständen auf die brandenburgischen Städte und Landbezirke verteilt.

Es ist nicht mehr bekannt, wer der Urheber des Planes war, auch in Cottbus Flüchtlinge anzusiedeln. Der französische Prediger Cabrit in Berlin erklärte sich jedenfalls am 20. August 1700 bereit, mit 14 Familien, die zusammen 60 Personen umfaßten, die in Cottbus geplante Kolonie zu gründen, und bat, ihm die Predigerstelle zu übertragen. Dem König war diese Gelegenheit sehr willkommen, die Stellen, die in Cottbus vom Dreißigjährigen Kriege her noch wüst dalagen, wieder zu besiedeln. Der Stadt war es bisher nicht gelungen, Ansiedler zu finden, da zu hohe Kirchenlasten auf den Grundstücken ruhten. Für die französischen Kolonisten aber wurden günstige Bedingungen geschaffen, wie später ausgeführt werden wird.

Die seit dem Brande von 1600 wüst liegende Katharinenkirche (Schloßkirche) wurde als geeignet befunden und mit allem Zubehör am 18. September 1700 den französischen Flüchtlingen geschenkt. An Cabrit erging die Aufforderung, den Kirchbau anzufangen und zur neuen Kolonie-Anstalt zu machen.

Die Aufsicht über die französische Kolonie sollte der Cottbusser Post- und Bürgermeister Müller, der die französische Sprache beherrschte, übernehmen. Am 28. Juni 1701 erhielt er den Befehl, sich der nach und nach ankommenden Réfugierten anzunehmen, ihnen mit Rat

und Tat beizustehen und zu helfen, „daß ihnen nach Gelegenheit ihres Gewerbes und Siantierung wüste Stellen zur Bebauung angewiesen würden und, bis sie dazu gelangen, ihnen einige Bohnung zur Miete vergönnt werde.“ Der Hauptmann von Cottbus, Eusebius n. Brandt, sollte ihm in allem behilflich sein. Wegen etwaiger Vorschüsse wurde er an den Grafen v. Dönhoff gewiesen. Da von seiten des Cottbuser Magistrats Widerstand zu erwarten war, wurde diesem eine Abschrift des kgl. Befehls zugestellt mit der Anweisung, dem Müller „hülfreiche Hand zu leisten und ihm alle gedehliche assistenz zu leisten.“ Ueberdies erhielt der Cottbuser Hauptmann Anweisung, streng darauf zu achten, daß den Kolonisten von dem Cottbuser Magistrat und der Bürgerschaft, besonders auch von den Gilden, Zünften und privilegierten Körperschaften keine „Hinderung geschehe“.

Es handelte sich nun darum, die richtigen Leute für die Kolonie zu finden. Müller berichtete, daß ein Seifensieder, ein Gewürzkrämer, ein Strumpfwirker und ein Zeugmacher nötig wären, und daß sich auch ein Lohgerber und ein Hutmacher sowie ein Garnweber in Cottbus wohl nähren könnten, „dieweil Leder, Wolle und Garn im Ueberfluß sind und von niemand als den eingeseßenen dürfen aufgekauft werden.“ Auch erbot sich ein Bürger, 10, 20 und mehr Garnweber auf etliche Jahre mit Arbeit zu versorgen.

Im Jahre 1701 meldeten sich 13 französische Familien zur Niederlassung in Cottbus. Die Räte und Assessoren des französischen Obergerichts in Berlin erhielten den Auftrag, den „Zustand“ der Bewerber zu untersuchen, besonders auch zu erfragen, wieviel Zuschuß ein jeder fordere. Die 3 oder 4 Tauglichsten sollten ausgesucht und ihnen evtl. eine Beihilfe zum Ansiedeln gewährt werden. Die Kommission ließ die Bewerber vor sich kommen und berichtete, daß 7 von ihnen nicht in Betracht kämen, da sie zum Teil schon in „dieser Stadt“ (Berlin) gewohnt und die gewöhnlichen Freiheiten genossen hätten, teils sich kein Erfolg von ihren Plänen erhoffen ließe.

Die Forderungen der übrigen 6 fand die Kommission zwar reichlich hoch, empfahl aber

doch, sie ihnen zu gewähren, da es sich doch um Gründung einer Kolonie handle in einer Stadt, wo noch keine Flüchtlinge gewesen wären. Die 6 sollten die Schrittmacher für alle Nachfolgenden sein. Im einzelnen hatten sie folgende Forderungen gestellt:

1. Pierre Fraissinet, Strumpfwirker, verlangte ein Darlehn von 150 Talern auf 5 Jahre.
2. Francois Bruguiere, Lohgerber, 300 Taler Darlehn auf 6 Jahre und 20 Taler Geschenk für den Transport seiner Familie; überdies einen Platz außerhalb der Stadt am Flußufer für seine Gerberei;
3. Theodore Huc (später auch Huc, Huc und Huid geschrieben), Strumpfwirker, 100 Taler auf 6 Jahre geliehen;
4. Pierre Francois Colas, Lavierer genannt, Materialwarenhändler, 150 Taler auf 6 Jahre sowie freien Transport seiner Möbel.

Außerdem verlangten die vier auf 6 Jahre freie Wohnung, jeder einen Platz zum Bau eines Wohnhauses, Gartenland in der Nähe der Stadt, eine Geldsumme für Baumaterialien und Befreiung von öffentlichen Abgaben, wie alle andern Refügierten im Lande.

Als fünfter kam der Strumpf-Fabrikant Daniel Thomas in Frage. Er versprach, seine Fabrik nach Cottbus zu verlegen und mehrere junge Verwandte, die noch nirgendwo angesiedelt waren, nach Cottbus zu ziehen. Dafür verlangte er 500 Taler zinslos auf 6 Jahre und 50 Taler Zuschuß für den Transport seiner Familie und seines Gewerbes. Die Kommission empfahl ihn besonders, da er ein „sehr guter Mensch“ sei, der viel zum Wachstum der Kolonie beitragen könne.

Da seine hohen Forderungen nicht bewilligt wurden, zog er nicht nach Cottbus.

Der 6., Jean Crozes, Kantor und Lehrer, verlangte keinen Zuschuß, sondern nur eine Baustelle und Baumaterialien, Garten und auf 6 Jahre freie Wohnung. Gegen Erstattung der Transportkosten von 30 Talern versprach er eine kleine Schmiede nach Cottbus zu bringen.

Die Kommission war der Meinung, daß die Schmiede der Kolonie besonders im Anfang von



wenig Nutzen sein würde, aber einen Kantor und Schulmeister könne die Kolonie nicht entbehren.

Die von den Bewerbern geforderten Darlehne wurden von dem König als zu hoch abgelehnt, da der Militär-Etat große „Speisen“ erforderte und der König bei den Vorschüssen von anderen Angehörigen der französischen Nation „lädiert“ worden sei. Jedoch gewährte er den ersten Cottbusser Kolonisten zusammen 350 Taler für den Transport ihrer Möbel und als Beihilfe zur ersten Einrichtung. Außerdem wurde ihnen wie allen Refügierten im Lande auf 15 Jahre Befreiung von Einquartierung, Diensten, Wachen, Handwerker-Anlagen, Schöß- und Viehsteuer zugesichert, so daß sie nur die Konsumtions-Akzise, die Kriegs- und Mahlmeße zu entrichten hatten. Während der Freijahre durften sie irgendeinen Beruf, ungehindert durch etwaige entgegenstehende Privilegien, erwählen und mußten kostenlos in das betreffende Gewerk aufgenommen werden.

In späteren Jahren wurden die Privilegien mehrfach bestätigt. Ja, es wurden sogar den Nachkommen der Kolonisten 7 Freijahre zugesilligt.

Wie zuvor erwähnt, war die Bebauung der etwa 200 wüsten Stellen in der Stadt der hauptsächlichste Grund für Ansiedlung der Franzosen. Daher ordnete der König an, daß alle Kolonisten, die sich anbauen wollten, eine gute Baustelle, 50 Taler Beihilfe aus der Akzise-Kasse und freies Holz aus der Bürgerheide erhalten sollten. Bürgermeister Müller hatte darauf zu achten, daß das Geld auch wirklich zum Bauen verwendet wurde.

Als Ende 1702 sich einige Kolonisten anbauen wollten und Colas einen Bauplatz in der Sandower Gasse begehrte, verlangte der Magistrat von ihm 16 Taler rückständige Kirchenabgabe und 32 Groschen jährlich, die von früher her noch auf dem Grundstück lasteten. Ebenso ging es den andern Kolonisten, die Baustellen übernehmen wollten. Darauf befahl der König als Summus Episcopus dem Magistrat nachdrücklichst, den Refügierten die Baustellen lastenfrei zu übergeben, „damit dadurch der Stadt eine Ziehrart und Nuk zuwachsen möchte“. Falls die Stellen auch dieses



Jahrhundert über wüste und unbebaut liegen bleiben, so würde sowohl „Uns (dem Könige) als denen Commerzien und der Stadt Cottbus selbst ein ungemeiner Schaden zuwachsen, auch die Kirche nichts dabei haben.“

Nachdem im Juli 1701 Prediger Cabrit in Cottbus eingetroffen war und bald darauf auch einige französische Familien, wurde die Cottbuser Emigranten-Kolonie am 4. Oktober 1701 gegründet. Ende des genannten Jahres zählte sie 27 Personen. Neben den bisher erwähnten Personen finden wir die Familiennamen Cordenier und Gutienne vertreten. Bald kam Zuzug. 1703 der Strumpfmacher André Arragon und Theodor Petit. Der Kapitän Estienne de Forestier erhielt 1703 50 Taler Zuschuß zu den Transportkosten nach Cottbus, da er „zum Aufnehmen der französischen Kolonie daselbst nützliche Dienste werde leisten können“.

Am 6. Oktober 1707 konnte der Grundstein zur neuen französischen Kirche gelegt werden, die am 7. Januar 1714 in Gegenwart des Generals v. Pannwitz als Vertreter des Königs feierlich eingeweiht wurde. Der alte Prediger Cabrit starb noch vor Vollendung dieses seines Lebenswerkes und wurde im Parterre der Kirche begraben. Es hatte ihm während seiner Amtstätigkeit in Cottbus nicht an Widerwärtigkeiten gefehlt. Wahrscheinlich auf Anstiften des Kapitäns Forestier reichten 1705 die Gemeindeglieder Loubier, Maizier, Fraissinet und Arragon eine Beschwerde ein, daß Cabrit bei der Taufe „irrige und ärgerliche Dinge vorgestellt“ hätte. Bei der genauen Untersuchung hierüber stellten die übrigen Gemeindeglieder ihrem Prediger ein glänzendes Zeugnis aus und erklärten die Anschuldigung für reine Verleumdung. Die vier Uebeltäter mußten dem „unschuldigen und exemplarischen Diener Gottes“ Abbitte leisten und wurden mit Geldstrafe und Festungshaft bedroht, wenn sie nicht künftig dergleichen „Münkereien“ unterließen. Dem Kapitän Forestier wurde für den Wiederholungsfall Entziehung der Pension angedroht. Er scheint ein sehr unruhiger Mensch gewesen zu sein und endete auf dem Schaffot wegen eines tödlich verlaufenen Duells.

Cabrits Nachfolger wurde sein Sohn und Adjunkt Jacques. Ende 1703 mußten sämtliche Kolonisten vor dem Bürgermeister Müller erscheinen und dem König den Treueid leisten.

Obwohl einige der Kolonisten Bauplätze annahmen und Häuser errichteten, waren sie bis 1720 noch nicht endgültig sesshaft geworden. Vielmehr versuchten etliche nach Ablauf der Freizeit ihre Häuser und Habe zu verkaufen, um sich anderweitig von neuem anzusiedeln. Die Hoffnung, dort nochmals Freijahre zu genießen, mag bei einigen eine Rolle gespielt haben, andere glaubten auch wohl, auswärts ein besseres Fortkommen zu finden. Dazu versuchte ein Réfugié Bailliet aus Dobrilugk, sie mit großen Versprechungen ins Sächsishe zu ziehen. Der Cottbusser Kolonist Abraham Vautrin gab denn auch heimlich sein Haus auf, zog 1719 auf ein Vorwerk bei Züterbogk und versuchte 4—5 andere Familien nach sich zu ziehen. Nach einiger Zeit kehrte er jedoch reumütig nach Cottbus zurück.

Die Abwanderung der mit Mühe und Kosten angesiedelten Kolonisten lag durchaus nicht im Interesse des Landes. Daher erging an den französischen Richter mehrfach die Aufforderung, scharf aufzupassen, daß keine Desertionen vorkämen. Man war stets bemüht, die Zahl der Kolonisten zu vermehren. Den stärksten Zuwachs erhielt die Kolonie durch Aufnahme der z. T. seit 1693 in Cottbus ansässigen Pfälzer und Wallonen, die bis dahin unter der Gerichtsbarkeit des Magistrats gestanden hatten.

Nach Muret, Gesch. der Französischen Kolonie in Brandenburg, waren es Niederländer, unter denen sich viele Wallonen befanden, die, um 1570 von Alba vertrieben, nach der Pfalz geflüchtet waren. Als Ludwig XIV. die Pfalz verheerte, wandten sie sich an den Kurfürsten von Brandenburg und baten um Aufnahme.

Ihr Bestreben ging seit langem dahin, der französischen Kolonie angegliedert zu werden, um ebenfalls in den Genuß der ihr gewährten Vergünstigungen zu gelangen. Nach verschiedenen Streitigkeiten mit dem Magistrat reichten sie 1719 eine entsprechende Bittschrift an den König ein. Dieser befahl am 9. August 1720, die refusierten Wallonen und Pfälzer wie die Franzosen

zu behandeln, ihnen die Freijahre zu gewähren und sie in das Register der französischen Kolonie einzuschreiben. Abraham Coulon, Jean Pierre Banderet, Bartholomäus Priksch, Johann Wilhelm Weber, Christian Gartmann, Pierre Battre, Jacob Battre, Abel Motte, Justus Christoff Schuchardt und Matheus Schuchardt, so hießen die Pfälzer und Wallonen, erschienen demzufolge am 24. August 1720 vor dem französischen Richter, trugen ihre Namen in die Liste ein und wurden als „französische Koloniebürger“ verpflichtet. In späteren Jahren wurden auch andere Ausländer, wie z. B. Schweizer, als Koloniebürger aufgenommen.

Die französische Kolonie bildete eine selbständige Gemeinde innerhalb der Stadt. Nach dem Potsdamer Edikt war sie nicht der Gerichtsbarkeit des Magistrats unterstellt, sondern einem französischen Richter. In allen Streitigkeiten zwischen den Kolonisten entschied er; in Streitigkeiten zwischen Kolonisten und Einheimischen mußte er vom Magistrat bei der Entscheidung zugezogen werden. Daneben hatte er Sitz und Stimme im Magistrat in allen Polizeiangelegenheiten und rangierte ursprünglich hinter den Bürgermeistern. Erst in späteren Zeiten mußte er sich damit begnügen, im Magistrat dem Alter nach eingereiht zu werden. Sein Gehalt belief sich auf 100 Taler das Jahr. Außerdem sollten ihm aus der Kammereikasse jährlich 50 Taler gezahlt werden, was jedoch nie geschah.

Als ersten Richter lernten wir bereits den Post- und Bürgermeister George Müller kennen, der das Amt bis zu seinem Tode 1705 bekleidete. Ihm folgten der Kaufmann Theodore Petit bis 1712 und Johann George Canard bis 1716. Einer der energischsten französischen Richter war der Nachfolger Marius de St. Marie, der bis 1725 im Amte war. Da er seine und der Kolonisten Rechte gegenüber dem Magistrat entschieden wahrnahm, konnten ernste Streitigkeiten zwischen den beiden Parteien nicht ausbleiben. Der Magistrat warf ihm vor, daß er sich zum „Regenten in der Stadt aufwerfen“ und in das Magistrats-Kollegium eindringen wolle.

Ueber seinen Nachfolger, den pensionierten Offizier Francois Dabriet (auch d'Abrit geschrie-

ben), der von 1726—1731 in Cottbus tätig war, beschwerten sich die Kolonisten, da er sich ihrer Not nicht annähme; und auch das französische Obergericht fand, daß er ein reichlich bequemer Herr sei, da er während seiner gesamten Tätigkeit als Richter nicht einen einzigen Prozeß abgeurteilt hatte. Mehrere Kolonistenfamilien baten 1731, ihn abzusetzen, da er nichts verstehe und sich keine Mühe gäbe. Er wurde nach Berlin bestellt, wo das französische Obergericht ein Examen mit ihm veranstaltete. Er fiel glänzend durch. In weiser Voraussicht hatte er den Studenten der Rechtswissenschaft Jacques Bernet aus Cottbus mitgebracht, der ihm versprochen hatte, ihm das Gehalt zu belassen, falls er Richter würde. Das Obergericht prüfte nun gleich Bernet, der das Examen leidlich bestand. Er wurde als Dabrits Adjunkt bestellt, d. h. er leistete die Arbeit und erhielt vom Richter nur die Verpflegung!! Das Gehalt bezog dagegen Dabrit (!) bis zu seinem 1734 erfolgten Tode. Nun rückte Bernet an seine Stelle. Schon 1738 bat er aber, ihm den Posten abzunehmen, da er bei dem geringen Gehalt nicht bestehen könne.

Ueber seinen Nachfolger, Gideon de Felix, 1738—1741, ist nichts Erfreuliches mitzuteilen. 1740 beklagte sich seine Mutter in einer Eingabe an den König über ihres Sohnes verschwenderisches und ausschweifendes Leben und bat, ihn in der Festung Peik einzusperren, die Kosten für seinen Unterhalt dort wolle sie tragen. Noch ehe die Untersuchung hierüber zum Abschluß gekommen war, starb de Felix an einer schweren, unheilbaren Krankheit.

Für die französische Richterstelle in Cottbus fanden sich dann mehrere Bewerber, von denen der Kommerzienrat Jean Dubois ausgewählt wurde. Er wird als ein unruhiger Mann geschildert, vor dem sich jeder scheute. Häufig mengte er sich in Angelegenheiten, die ihn nichts angingen, und zog sich deshalb Verweise zu. So beschwerte sich der deutsche reformierte Schulmeister Werle im Jahre 1746, daß ihn Dubois auf der Straße zur Rede gestellt hätte wegen Aufnahme von Schulkindern. Als Werle sich die Einmischung in seine Angelegenheiten verbat, hat, nach Werles

Schilderung, „dieser Richter Mr. Dubois sich nicht gescheuet, auf öffentlicher Gasse den Stock gegen mich zu heben, um mich damit zu prügeln und etliche Schritte zu verfolgen, daß ich auch kaum seinen bösen Händen habe entrinne können, wozu er noch ohne Ursache freventlich sehr geschimpfet und mich einen Hund über den andern gebeißten.“

Auch mit dem Cottbusser Postamte lag Dubois in ständigem Streit. Nach seiner Meinung übervorteilte ihn dies mehrfach beim Porto. Der Postmeister Hanewald hingegen beklagte sich, daß Dubois „wann die eifertigste Zeit ist, das Postamt zu hindern sucht und daselbst beständig unnützen Bank erregt“. Schließlich kam es 1747 zwischen beiden Parteien gar zur Schlägerei im Posthause, in deren Verlauf Dubois in der Passagierstube den Degen zog, Postmeister Hanewald ihn aber zu Boden warf und festhielt, bis die Wache erschien und die beiden Kampfhähne voneinander trennte. Sehr schmerzlich wurde die Angelegenheit für Dubois, der zur Strafe für den aus Müncheberg herbeigerufenen französischen Schiedsrichter die Reisekosten in Höhe von 31 Talern zahlen mußte. Diese wurden ihm in vierteljährlichen Raten von seinem kargen Gehalt abgezogen.

Zur Zeit, als der französische Richter Dubois in Cottbus die Emigranten-Interessen zu vertreten hatte, also in den 1740er Jahren, hatte die Germanisierung der französischen Kolonisten bereits große Fortschritte gemacht. Dies ist um so beachtenswerter, als die Verschmelzung zwischen Deutschen und Franzosen ohne jeglichen staatlichen Zwang erfolgte. Im Gegenteil wurden, wie wir sahen, die Franzosen häufig sogar vor den Deutschen bevorzugt. Als wirksamstes Mittel zur Germanisierung der Kolonisten erwiesen sich die Heiraten mit Deutschen. Nach der Liste von 1737 waren z. B. von 28 verheirateten Kolonisten 10 mit deutschen Frauen verheiratet. Ihre Kinder, die zum meist nicht mehr die französische Schule in Cottbus besuchten, lernten gar bald die Sprache ihrer Voreltern. 1744 beklagte Dubois den Rückgang der Kolonie, die nahe daran sei einzugehen, da den Kindern der Emigranten die

deutsche Sprache geläufiger als die französische sei. Wie weit auch schon unter den Erwachsenen die Kenntniss der französischen Sprache verloren gegangen war, geht daraus hervor, daß Dubois 1744 ein französisches Schriftstück auf Bitten der Kolonisten ins Deutsche übersetzen mußte, da mehrere von ihnen kein Französisch verstanden.

Als daher 1757 der dritte französische Prediger Coudere starb, wurde die Stelle nicht mehr besetzt. Die Kolonisten schlossen sich der deutsch-reformierten Gemeinde an. Jährlich viermal französischer Gottesdienst wurde für vollkommen ausreichend angesehen.

Auch im bürgerlichen Leben wollten einige ihre Zugehörigkeit zu den Deutschen dartun und sich unter die Gerichtsbarkeit des Magistrats stellen. Dadurch wurde mancher Streit zwischen dem Magistrat und dem französischen Richter heraufbeschworen. Als Mittel zur Vergrößerung der französischen Kolonie schlug Dubois vor, ausländischen Zuwanderern außer den 15 Freijahren noch besondere Vergünstigungen zu gewähren. Hierauf ging indes die Regierung nicht ein.

Während des Siebenjährigen Krieges zeigte es sich, daß die Refügierten gute preußische Untertanen geworden waren. Sie ertrugen mit den andern Bürgern die Leiden des Krieges; einige zogen auch ins Feld. Als Beispiel verdienen die Erlebnisse des Pierre F. Fraissinet besondere Erwähnung.

Am 24. August 1758 plünderten einige österreichische Husaren in der Stadt. Zwei von ihnen drangen in Fraissinets Stube, setzten seiner Frau den blanken Säbel an die Gurgel mit den Worten: „Preußische Kanaille gib Geld“. Um ihr Leben zu retten, gab sie rasch einige Taler heraus. Infolge des ausgestandenen Schrecks wurde sie krank und starb bald darauf. Im folgenden Jahre zeichnete sich Pierre Fraissinet besonders aus. Durch einen Spion hatten die Oesterreicher erfahren, daß der preußische Rittmeister von Brittwik mit einigen Offizieren und 100 Biethen-Husaren  $2\frac{1}{4}$  Meile von Cottbus auf Postierung stand. In der Nacht vom 9. zum 10. August 1759 sollten etwa 600 österreichische Dragoner und

Susaren die Preußen überfallen und rückten um 2 Uhr nachmittag von Cottbus ab. Der Magistrat, der davon Kenntniss erhalten hatte, beauftragte Traissinet, die Preußen zu warnen. Unter Lebensgefahr schlich er zwischen Russen und Oesterreichern hindurch und traf um 11 Uhr nachts bei Brittwitz ein, der sogleich den Trupp zusammenblasen und abrücken ließ. Traissinets Söhne wurden 1761 im Alter von 17 und 15 Jahren zum Heere eingezogen. Ein anderer Kolonist, Christian Teissier, stand während des Krieges drei Jahre im verbündeten hannoverschen Heere und wurde bei Schermbeck schwer verwundet. 1762 hob man ihn in Cottbus abermals aus und sandte ihn zum Regiment v. Ikenplik nach Cüstrin.

Als Soldaten dienten ferner die Schweizer Emigranten Casper dem Könige. Sebastian Casper stand 47 Jahre (!) im Alt-Schwerinschen Regiment und starb 1757 als „abgelebter, alter, blessierter Invalide“ in Cottbus. Einer seiner Söhne, Samuel, diente 13 Jahre als Musketier und war dann als preukischer Werber tätig. Sein zweiter Sohn stand 1781 bereits 26 Jahre beim Regiment Prinz Leopold. Verabschiedete preukische Offiziere französischer Abstammung wählten bisweilen Cottbus als Ruheort. Wir finden erwähnt, daß unter andern der Kapitän de Forestier, Major Jacque de St. Julien, Kapitän du Bouchet und Rapt. Molinié hier ihren Lebensabend verbrachten.

Schwer lasteten die Teuerungsjahre 1771/72 auf den größtenteils mittellosen Kolonisten. Der Preis für Getreide war außerordentlich hoch. Oft kam gar so wenig Getreide in die Stadt, daß nur ein kleiner Teil der Bürger damit versorgt werden konnte, mitunter blieb die Ansfahr ganz aus. Tagelang war dann selbst für viel Geld kein Brot in der Stadt erhältlich. Da die Kolonisten zumeist nur ein dürftiges Einkommen hatten, konnte die Mehrzahl selbst das trockene Brot für sich und ihre Familien oft nur durch Verkauf ihrer Habseligkeiten beschaffen. Der Magistrat weigerte sich, von dem ihm überwiesenen Getreide an die französischen Kolonisten abzugeben. Auf ihre Bittschrift ordnete jedoch der König an,



daß selbstverständlich auch sie wie die andern Armen Anteil daran haben sollten.

Ueberhaupt nahmen die Streitigkeiten zwischen dem Magistrat und dem französischen Richter nach wie vor kein Ende. Zumeist handelte es sich um den vielumstrittenen Ratsfik des französischen Richters. So beschwerte sich der Richter S. J. Pichon sen. (1752—1772), daß der Magistrat ihm vom Zeitpunkt der Sitzungen keine Mittheilung mache. Die Regierung beschied ihn aber, daß es seine Sache wäre zu wissen, wann der Magistrat Sitzungen abhalte. Er könne nicht verlangen, „durch einen Ceremonienmeister förmlich eingeladen zu werden.“ Nach seinem Tode 1773, baten mehrere Kolonisten, ihnen einen studierten Richter zu geben, da die Unkenntnis Pichons in rechtlichen Dingen zu großen Verdrießlichkeiten geführt hätte. Inzwischen hatte sich aber Pichons ältester Sohn Henry Jacob bei dem Cottbuser Advokat Noske 1 Jahr lang unterweisen lassen. Auf Rat des französischen Obergerichts lernte er dann noch  $\frac{1}{4}$  Jahr in Berlin beim Obergericht Rechtskunde, bestand dort ein Examen und trat 1774 als letzter französischer Richter in Cottbus sein Amt an.

Unter ihm waren Streitigkeiten mit dem Magistrat besonders häufig. Gleich anfangs wurde sein Anspruch auf Sitz und Stimme hinter dem zweiten Bürgermeister vom Magistrat und der Regierung abgewiesen. Man billigte ihm nur den Rang als letzter Senator zu. Die Glanzzeit der französischen Kolonie war vorüber. 1745 zählte die Kolonie noch 122 Seelen; jetzt war die Zahl auf 60—80 gesunken, und die letzte Liste vom Jahre 1806 führt 38 männliche und 40 weibliche Kolonisten auf. Während sie 1745 noch 17 Häuser besaßen, gehörten ihnen 1806 nur noch 6. Das französische Element war inzwischen im Deutschtum aufgegangen. 1796 berichtete Pichon, daß die französische Sprache in der Kolonie überhaupt nicht mehr gebraucht würde. Außer ihm selbst konnte keiner mehr Französisch lesen, schreiben oder auch nur noch verstehen. Unverkennbar ging die Kolonie der Auflösung entgegen.



Die Reorganisation der Staats- und Kommunalbehörden nach 1806/07 bereitete der staatlichen Sonderstellung aller französischen Kolonien in Preußen ein Ende. Ein Edikt vom 30. Okt. 1809 drückte dies mit den Worten aus: „Die Städteordnung vom 19. Nov. d. Js. erkennt in jeder Stadt nur eine Stadtgemeinde, nur ein Bürgerrecht. Das Bürgerrecht, welches die französische Kolonie erteilte, muß also aufhören. Gleiche Rechte und Freiheiten mit den Eingeborenen gewährte das Edikt von 1685 den französischen Eingewanderten; in einem Staate, der diese mit solchen Gesinnungen aufnahm und behandelte, können und werden auch ihre Nachkommen nichts anderes als Preussische Untertanen sein wollen.“ (E. Muret, Geschichte der französl. Kolonie in Brandenburg-Preußen Seite 310/11).

Nachdem wir nun in den ersten drei Abschnitten die allgemeine Entwicklung der französischen Kolonie in Cottbus von ihren Anfängen bis zu ihrem Ende 100 Jahre später kennen gelernt haben, soll uns das Folgende mit den Schicksalen und Berufen einzelner Kolonisten bekannt machen.

Die ersten Ansiedler widmeten sich mit Vorliebe dem Anbau und der Verarbeitung von Tabak. Ihnen wurden 5 Hufen, dicht bei der Stadt gelegen, zum Tabakpflanzen angewiesen. Die ersten 3 Jahre trug die Kriegskasse die Pachtkosten, danach die französischen Tabakbauer. Sie pachteten sich auch Ländereien dazu, ja, sogar der französische Kirchhof diente in den ersten Jahren als Tabak-Pflanzstelle. Eigentum an Land besaß dagegen kein französischer Ansiedler. 1719 berichtete der Steuerrat v. Sonntag an die Regierung, daß die Refügierten in Cottbus gut ihren Unterhalt finden könnten, „wenn sie nicht insgesamt vom Toback sich ernähren wollten. Denn ungeachtet sie den Acker um die ganze Stadt bereits dazu gemiethet und den gesponnenen Toback mit gutem Loß werden und nach Böhmen wegführen können, so kann doch solches Land nicht der ganzen Kolonie Brodt geben, sondern es müßten auch einige von ihrem Handwerk leben, z. B. die vielen Strumpfwürker

hätten nicht von nöthen Toback zu pflanzen, aber davon wollen sie nicht abgehen.“

Die meisten betrieben neben der Tabakskultur noch ihr Gewerbe unter dem Vorgeben, von einem allein nicht bestehen zu können. Sehr bald erwies sich jedoch, daß der Cottbusser Boden für den Tabakbau nicht gut geeignet war. Die Ernten fielen wenig ertragreich aus; zudem waren die Erzeugnisse von geringer Güte. Trotzdem wurde der Tabakbau bis zur Zeit nach Beendigung des Siebenjährigen Kriegs betrieben, zuletzt jedoch nur noch von einigen alten Witwen. Dann zog man es vor, den Tabak aus der Uckermark zu beziehen, oder ihn auf Berliner Märkten einzukaufen.

Besseren und nachhaltigeren Erfolg erzielten die Refügierten bei der Verarbeitung des Tabaks, dem sogenannten „Tabakspinnen“. Schon 1699 wurde dem Pfälzer Battreß das Spinnen gestattet, da in Cottbus hierfür kein Privileg bestand und überhaupt „monopolia mehr zum ruin als zum aufnehmen der Commerciën dienen“. 1736 waren die französischen Tabakspinner so zahlreich, daß sie um ein Privileg für ihr Gewerbe baten. Im folgenden Jahre drohten sie sogar mit Auswanderung nach Sachsen, wenn ihnen nicht dieselben Privilegien wie den Berliner und Frankfurter Tabakspinnern gewährt würden. Um ihre Abwanderung zu verhüten, gab man ihnen das erbetene Privileg, jedoch sollte nach dessen Pragraphe 6 und 8 keiner in das Gewerk aufgenommen werden, der daneben einen andern Beruf ausübte.

Die Tabakspinner setzten ihre Erzeugnisse theils in Cottbus selbst ab, theils führten sie sie nach Sachsen und Böhmen aus. Zu ihrem großen Verdruß ließen 1741 viele Cottbusser Tabakpflanzer ihren Tabak nicht bei ihnen, sondern bei dem Tuchmacher Christoph Welker spinnen, der den Tabak an die Armee in Schlessien und auf den Jahrmärkten in Sachsen verkaufte. Ihre Beschwerde hierüber fand jedoch kein Gehör, da es Welker nur untersagt war, in Cottbus selbst Tabak zu verkaufen. Andererseits beschwerten sich die Cottbusser Materialwarenhändler, daß der Tabakspinner Lämchen mit Knaster, Brief- und Paß-Toback, sowie mit langen Tobackspfeifen

handle, was ihrem Privileg zuwider wäre. Der Handel mit diesen Waren wurde darauf ihm sowie andern Tabakspinnern untersagt.

1783 befanden sich noch 6 Tabakspinner in der französischen Kolonie, auch 1796 war das Tabakspinnen noch der am stärksten vertretene Erwerbszweig. Allerdings hatten die Tabakspinner wegen des weiten und teuren Transports des Rohmaterials einen schweren Stand. Die Kolonieliste von 1806 zählt unter 22 Familien nur noch 4 Tabakspinner auf.

Die Strumpfwirkerei war ebenfalls eine beliebte Beschäftigung der Ansiedler. Von den ersten Einwanderern waren zwei — Huc und Fraissinet — als Strumpfwirker tätig. Wie erwähnt, betrieben mehrere neben diesem Beruf den Tabakbau. So nannte Barthelemi Arragon zwar ein Haus mit 3 Webstühlen sein eigen, zog mit seinen Erzeugnissen auf die Märkte und bewirtschaftete mehrere Acker mit Tabak und hatte doch nicht „viel zum Besten“. Ebenso ging es Theodore Huc, der deshalb 1718 einen Handel mit fremden Weinen eröffnete. Auch Pierre Fraissinert mußte neben der Strumpfwirkerei Tabak anbauen. In seiner Familie vererbte sich das Strumpfmacher-Gewerbe von Generation zu Generation. 1766 klagte sein Sohn Francois, daß er und seine zwei Mitmeister sich nicht von ihrem Gewerbe ernähren könnten, da der Kaufmann und Seifenhändler Görisch allerhand Sorten gewirkter Woll-Strümpfe einführe und verkaufe. Er bat, dem Görisch den Strumpfhandel zu untersagen, ihm selbst aber 200 Taler zinslos auf einige Jahre zu leihen. Der französische Richter Pichon berichtete, daß es zwecklos sein würde, das Geld zu leihen. Er empfahl vielmehr, dem Fraissinet in Anbetracht des von ihm während des Siebenjährigen Krieges geleisteten Dienstes die 200 Taler als Geschenk zu überweisen. Darauf erhielt Fraissinet 15 Taler aus der „französischen Etatskasse“ und den Rat, entweder bei einem Meister Arbeit zu nehmen oder bei der Regie Anstellung zu suchen.

Eine andere Cottbusser Strumpfmacher-Familie waren die Priksch. Barthelemi Priksch aus Stein a. Rhein gebürtig, kam 1699 nach Preußen und erwarb am 10. September 1700 das Bürger-

recht in Cottbus, wo er als Brauer und Strumpfmacher tätig war und ein Haus besaß. Sein Sohn, der Strumpfwirker Christian Prißsch wird von 1731 an in den Listen aufgeführt. Der Strumpfwirker Wilhelm Prißsch erhielt 1770 wegen heimlichen Branntweinbrennens 50 Taler Strafe zudiktirt, die jedoch in Anbetracht seiner dürftigen Verhältnisse auf 10 Taler herabgesetzt wurden.

Es zeigt sich aus allem, daß die französischen Strumpfmacher bei ihrem Gewerbe keine Reichtümer gewannen. Die Konkurrenz größerer Unternehmer und der Siebenjährige Krieg bewirkten, daß die Zahl der kleinen selbständigen Meister allmählich zurückging. Ein paar Zahlen über den Verbrauch von Rohwolle verdeutlichen uns dies. Bei Ausbruch des Siebenjährigen Krieges wurden gegen 720 Pfund Wolle jährlich in der Cottbuser französischen Kolonie verarbeitet.

Diese Zahl sank während des Krieges ständig bis auf 110 Pfund im Jahre 1763. In den Jahren 1765—82 belief sich der jährliche Verbrauch auf durchschnittlich nur 70 Pfund. Von 1783 an finden wir keinen Strumpfwirker mehr in der Kolonie.

Neu belebt durch die französischen Einwanderer wurde die Lohgerberei. Während des Dreißigjährigen Krieges war sie in der Mark gänzlich in Verfall geraten. Im Cottbuser Kreise befand sich um 1700 nur ein Gerber, der zudem sein Geschäft nicht verstand. Daher bereiteten sich die Schuhmacher das gewöhnliche Leder selbst, das aber wenig dauerhaft war. Die besseren Sorten wurden aus Sachien bezogen. Wohlhabende Leute bestellten sich auch wohl ihre Schuhe aus Berlin, Frankfurt, Dresden oder Bautzen. In Frankreich dagegen hatte die Gerberei eine große Entwicklung erlangt. Daher wurde die Ansiedlung des französischen Gerbers Francois Bruggiere begünstigt, zumal er bereits Proben seines Könnens abgelegt hatte. Er erhielt einen besonders großen Platz. Sein Gesuch um 100 Taler Bau-Unterstützung fand warme Befürwortung seitens des Bürgermeisters Müller und des Amtskastners Striepe. Bald war seine Lohgerberei errichtet, sowie auch ein Wohnhaus gegenüber dem Schlosse. Dank seiner Tüchtigkeit blühte das Geschäft empor, so daß 1708 von ihm

berichtet wurde, daß er „nechst dem Richter der nahrhafteste und friedliebendste Kolonist sei, der bereits etliche 1000 Taler erworben habe. 1732 gab er die Gerberei an seinen Schwiegersohn Henry Jacob Pichon ab, der aus Hanau zugewandert war, und zog selbst nach Berlin. Pichon sen., sowie seine Söhne Heinrich Jacob, Johann Ludwig und Johann Martin waren lange Zeit erfolgreich als Gerber in Cottbus tätig. Die beiden Richter Pichon haben wir zuvor schon kennen gelernt; ein Johann Karl Pichon wird 1785 als Kandidat am Dom zu Berlin erwähnt.

Mehrere Kolonisten waren als Tuchmacher tätig, so z. B. Christoph und Jacob Schuchard. Felix Fort und S. Roy finden wir als Wollfärber verzeichnet, Peter Fregevize als Färber, desgleichen auch Peter Senil, der 1741 unter Zurücklassung von Schulden heimlich aus Cottbus verschwand. Das Zinngießer-Gewerbe war durch Johann und Theodor Maisziere vertreten. Die Fabrikation von Knöpfen aller Art beschäftigte Anton Dieterle und Abel Motte. 1774 ließ sich der Konditor Elie Toussaint in Cottbus nieder.

Ein großer Teil der Kolonisten erwarb sich als Handwerker den Unterhalt. So finden wir schon 1703 die Schuhmacher David Roy und Chaud sowie den Schneider Reinhardt erwähnt. 1806 befanden sich unter 24 Kolonisten gar 6 Schuhmacher und 1 Schneider. Oft ernährte das Handwerk nur schlecht seinen Mann. So heißt es 1719 von den Schneidern Voiriot und Renel, daß sie von ihrer Profession kaum so viel verdienten, um 3 Monate im Jahre davon leben zu können. Ihrer Aufnahme in das Gewerk setzten die deutschen Meister häufig Widerstand entgegen, da die Kolonisten bestimmungsgemäß von der Zahlung des Aufnahmegeldes befreit waren. Mehrfach — wie z. B. 1738 bei dem Schuhmacher Fraissinet — bedurfte es energischer Befehle seitens der Regierung, ehe die Aufnahme erfolgte. Dem Schuhmacher Bartelemy Bardin drohte das Gewerk mit Wegnahme des Handwerkszeugs und der Arbeit, wenn er nicht das Aufnahmegeld zahle. In späteren Jahren machte auch der Magistrat Schwierigkeiten und wollte die französischen Gesellen nicht als Meister

zulassen, bevor sie nicht das deutsche Stadtbürgerrecht erworben hatten.

Dem Tischlergesellen Schickling ließ der Magistrat 1767 gar das Handwerkszeug fortnehmen und bedrohte ihn mit Ausweisung aus der Stadt, wenn er nicht deutscher Stadtbürger würde. Schickling begab sich zum Bürgermeister Asteroth und stellte ihm vor, daß er doch dem Könige schon einmal bei Aufnahme in die französische Kolonie den Treueid geleistet hätte, wie auch sein „französischer“ Bürgerbrief beweise.

„Gebe er mich selbstigen her“, fuhr ihn der gestrenge Bürgermeister an. Der überreichte Bürgerbrief verschwand in Asteroths Tasche.

„Wir erkennen ihn nicht vor einen Bürger, er muß zu Rathaus kommen, das wäre der finale Bescheid“, bedeutete Asteroth dem erschrockenen Gesellen.

Allerdings nahm sich die Kriegs- und Domänenkammer des Schickling an und befahl dem Magistrat, den Mann in Ruhe zu lassen. Inzwischen hatte dieser es aber vorgezogen, Asteroths Rat zu befolgen und war deutscher Stadtbürger geworden.

\*

Abschließend fassen wir kurz die Ergebnisse zusammen. Von der Regierung außerordentlich begünstigt, aber gegen den Willen des Magistrats hatten sich die Kolonisten in Cottbus niedergelassen. Manche wüste Stelle innerhalb der Stadt wurde durch sie wieder bebaut. Sie führten den Tabakbau und das Strumpfwirken als neue Erwerbszweige ein und brachten die Lohgerberei wieder zur Blüte. Dadurch wurde Handel und Wandel der Stadt gefördert. Ihr Volkstum und ihre Sprache gaben die französischen Einwanderer aus freiem Willen bald auf und gingen überraschend schnell im Deutschtum auf. Einige wenige französische Namen sind alles, was uns an die frühere französische Kolonie in Cottbus noch heute erinnert.

## Der Cottbusser Materialwarenhandel im 17. und 18. Jahrhundert.

Ueber Cottbus führte früher eine wichtige Handelsstraße, auf der viele Güter vom Meere nach dem Süden verfrachtet wurden. Cottbus war der Umschlag-Ort; hierhin kamen die auswärtigen Fuhrleute, die ohne vorherige Bestellung ihre Ladung einkauften und sie auf ihrer Heimfahrt an die Krämer im Ausland wieder verkauften. Neben diesem sogenannten „Cabotage-Handel“, der im großen betrieben wurde, setzten die Cottbusser Materialwarenhändler — oder wie sie damals genannt wurden, „Materialisten“ — ihre Waren im kleinen an die Cottbusser Einwohner ab.

Die meisten Güter kamen aus den nordischen Ländern über Hamburg, Stettin, aus dem Oderbruch oder von Magdeburg. Sie nahmen den Weg auf der Elbe oder der Oder und gingen durch den Friedrich-Wilhelm-Kanal nach Goyak. Von hier beförderten Bauern aus Sielow, Dissen, Striesow, Guhrow, Fehrow und Briesen, teils auch Cottbusser Fuhrleute, die Güter per Achse nach Cottbus. Der Weg durch den Kanal war sehr langwierig. Bei starkem Andrang mußten die Schiffer oft 8—12 Tage stillliegen, ehe sie an die Reihe kamen, in den Kanal hineinzufahren. Die Durchfahrt dauerte weitere 8 Tage. Da überdies nicht immer genügend Fuhrwerke in Goyak zum Abtransport bereitstanden, verdarben im Sommer und bei Regenwetter viele Waren unterwegs. Der Fehrow'sche Damm, den die Wagen befahren mußten, befand sich in so schlechtem Zustande, „daß die Fuhrleute haben schon oft müssen Vieh und Zeug vor ihren Augen umkommen sehen.“ Deshalb suchten die Cottbusser Kaufleute nach einem andern Weg und schickten um 1785 ihre Waren nur bis Raxdorf a. O., nahe bei Guben, von wo sie per Achse über Peitz nach Cottbus gefahren wurden. Hierbei sparte man ein wenig am Zoll, da der teure preußische Zoll bei Beeskow und Neuhaus vermieden wurde. Im allgemeinen gab es folgende „Zahlstationen“ neben der Schiffsfracht: Preuß. Zoll



in Neuhaus, Preuß. Zoll in Beeskow, Preuß. Zoll in Lossow, Sächs. Zoll in Beeskow, Sächs. Zoll in Fürstenberg. Landfracht bis Cottbus. Ueber Goyak summirte sich das für eine Ladung von 60 Orbst Wein auf 13 Reichstaler, 1 Silbergroßchen, 6 Pfennig. über Rakdorf auf „nur“ 12 Reichstaler, 23 Silbergroßchen und 3 Pfennig.

Gleichwohl, eine wirkliche Ersparnis bedeutete der Transport über Rakdorf nicht, zumal noch in Peitz ein Stadtzoll von 8 Groschen pro Pferd zu entrichten war. Der Cottbuser Stadtzoll von 8 Gr. 6 Pf. pro Pferd mußte sowieso gezahlt werden, gleichgültig, welchen Weg die Waren genommen hatten.

Lange erfreuten sich die Cottbuser nicht des neu gefundenen Weges. Die Peitzer fanden nämlich, daß durch die schweren Frachtwagen ihre schöne Poststraße ruiniert wurde. Ihr Amtmann klagte im Jahre 1787: „Es gehet wohl keine Woche vorbei, wo nicht einige Hundert dergleichen mit Kaufmannsgütern beladene Wagens diesen Weg passieren.“ Er bat, den Cottbuser Kaufleuten den Weg über Peitz zu verbieten und sie zum Ausladen ihrer Waren wieder nach Goyak zu verweisen. Schließlich wurden sie schärfstens angewiesen, ihre Waren auf der Heerstraße Heinersbrück, Baerenbrück, Neuendorf zu befördern, nicht aber die Poststraße über Groß-Bieskow zu benutzen. Da der Landreiter ein Viertel des Strafgeldes erhielt, das von Uebertretern des Verbots erhoben wurde, passierte bald kein Fuhrwerk mehr den verbotenen Weg.

Die Hauptabsatzzeit für Materialwaren nach dem Auslande lag zwischen Michaelis und Ostern. Dann kamen aus Böhmen, Mähren, besonders auch aus dem benachbarten Sachsen die Fuhrleute mit ihren Gespannen nach Cottbus und handelten Wein, Stöckfisch, Tran, Seringe und Zucker ein.

Besonders durch das Spremberger Thor zogen so viele Fuhrleute in die Stadt, daß gegen Ende des 18. Jahrhunderts die 10 Cottbuser Gasthöfe nicht mehr zur Unterbringung der Fremden und ihrer Wagen ausreichten.



So blieben dann viele Wagen beladen und bepackt auf den Straken stehen, nachts bewacht von handfesten Fuhrleuten. Wer das Unglück hatte, erst spät abends am Stadthor anzukommen, erhielt nicht mehr Einlaß und mußte nach einem der benachbarten Dörfer umkehren. Vielleicht zog er es vor, die Nacht bei Cottbusser Bier und Branntwein in dem Gasthof zur „Weißen Taube“ vor dem Spremberger Tor oder im „Weißen Schwan“ hinter dem Begräbniskirchhof zu verbringen. Zur besseren Unterbringung der Frachtfuhrleute erhielt Kaufmann Lobedan im Jahre 1794 die Konzession, in seinem Hause „Zum Rehchen“ vor dem Spremberger Tore einen Gasthof anzulegen, und „fremde Reisende, besonders Fracht-Fuhrleute darin aufzunehmen und zu bewirten, auch den Bierschank ferner daselbst zu treiben, wobei er die Fremden treu und billig zu behandeln und niemanden in der Bezahlung zu übersehen hat.“

Wenden wir uns nun dem Werdegang eines Materialwarenhändlers in jenen Zeiten zu. Nachdem der junge Mann den Handel 6 Jahre (!) ordentlich in einem Geschäft gelernt hatte, betätigte er sich noch einige Jahre als „Handlungsdiener“, sammelte auch wohl Erfahrungen in anderen Städten. Nun erst durfte er sich um die königliche Konzession, bis 1801 die notwendige Voraussetzung für den Betrieb einer Materialwarenhandlung, bewerben. Nach genauer Prüfung der Papiere über seine Lehrzeit und die Höhe des ihm zur Verfügung stehenden Kapitals wurden die ortsansässigen Materialwarenhändler aufgefordert, etwaige Widersprüche gegen die „Ansetzung“ des Bewerbers vorzubringen. Es ist leicht verständlich, daß die Cottsbusser Materialisten jedesmal erklärten, es wären schon zu viele ihrer Art im Orte: ein Mehr wäre nicht nur überflüssig, sondern sogar schädlich. Wie wenig sie selbst daran glaubten, zeigt das Gesuch des Materialwarenhändlers Lange um Konzessionierung seines eigenen Sohnes. Man liest da: „Die Erfahrung hat bewiesen, daß das Ansetzen mehrerer Kaufleute der Handlung nicht geschadet, sondern vielmehr nützlich gewesen, weil ja der junge Anfänger sich Mühe geben muß, mehrere Branchen und neue Geschäfte hier-

her zu ziehen und dadurch die Nahrung im ganzen verbessert wird.“

Wer ein Konzessions-Gesuch einreichte, mußte sich mit Geduld wappnen, denn lange dauerte es, bis das Schriftstück alle Instanzen durchlaufen hatte. Zuweilen mußte eine hohe oder höchste Behörde recht energisch eingreifen, damit ein solches Gesuch nicht im Schreibtisch eines Beamten gänzlich der Vergessenheit anheimfiel. So hatte F. Ch. Ohneförlge am 8. Juli 1777 ein Gesuch eingereicht, das der Kriegs- und Domänenrat Krusemark nicht erledigte, obwohl ihn die vorgesetzte Behörde bereits acht Mal unter Androhung von Geldstrafen gemahnt hatte. Als nun von dem hohen Herrn so gar keine Beschleunigung zu erreichen war, sandte die Cüstriner Regierung am 7. August 1778 auf Krusemarks Kosten nach Crossen einen Expressboten, der den strengen Befehl hatte, nicht eher zurückzukehren, als bis ihm der Bericht Krusemarks über den Fall Ohneförlge eingehändigt wäre. Da Krusemark auch die Kosten für Unterkunft und Verpflegung des Boten tragen sollte, fertigte er ihn lieber schnell ab. (!)

Im allgemeinen schenkte die Regierung den Einwendungen der Cottbuser Kaufleute keine allzugroße Beachtung, sondern erteilte dem jungen Kaufmanne die Konzession, sofern seine Papiere in Ordnung waren und er ein Anfangskapital aufweisen konnte. Jedoch vergaß die löbliche Regierung nicht, auch für das Wohl des Publikums zu sorgen. Man machte dem Kaufmann in der Konzession zur Pflicht, „sich nicht allein auf gute und brauchbare Waren zu befleißigen, sondern solche auch dem Publikum, ohne dasselbe zu überteuern, in billigen Preisen zu verkaufen“, und versprach ihm nur solange Schutz, wie er sich gemäß der ihm verliehenen Konzession verhielte.

Im Jahre 1749 bemühte sich die Cottbuser Kaufmannschaft bei Friedrich dem Großen um ein exklusives Privileg. Hierdurch sollte ein für alle Male die Niederlassung weiterer Materialwarenhändler in Cottbus verboten werden. Jedoch erteilte der König eine abschlägige Antwort, „da durch die Etablierung neuer Familien

die Nahrung sich verbessern könne“. Ein neues Gesuch vom Jahre 1779, „in Folge und zu ewiger Zeit nicht mehr als 12 Kaufleute, welche mit Material- und Farbe-Waren, Wein und Speze-reien handelten“ in Cottbus zuzulassen, wurde ebenfalls abgeschlagen. Nun fuhren die Cottbuser Kaufleute schweres Geschütz auf und erboten sich 1780, für Gewährung ihrer Bitte 100 Dukaten an die Invaliden-Kasse zu zahlen. Ihr verlockendes Angebot wurde kurz abgewiesen. Sie mußten vielmehr zu ihrem Aerger sehen, wie sich immer mehr Konkurrenten in Cottbus niederließen.

Noch knapp hundert Jahre früher, 1691, befand sich der gesamte Materialwaren-Handel der Stadt in der Hand des Apothekers Lippius. Aber schon 1689 war durch General-Berordnung festgesetzt worden, daß in Cottbus „als einer volkreichen Stadt, wobei eine große Landschaft ist, 3 Materialisten nebst dem Apotheker mit dem freien Handkauf geduldet werden sollen.“ Als Lippius bald darauf ungenügend Waren führte und die Konsumenten im Preise „übersekte“, wurde auf Ersuchen der Mann- und Ritterschaft des Cottbuser Kreises 1691 Gottfried Angermann zum Handel mit Materialwaren zugelassen. Nach seinem Zusammenbruch übernahm der Kaufmann Wolf das Geschäft. Wolf erhob Anspruch, der erste gewesen zu sein, der darauf hingewiesen hätte, daß die Waren auf dem Wasserwege billig nach Cottbus gebracht werden könnten. Auch will er zuerst dafür gesorgt haben, daß die böhmischen und schlesischen Fuhrwagen, die Getreide nach Cottbus brachten, nicht wieder leer zurückfuhren, sondern Materialwaren auf dem Rückweg mitnahmen. Tatsache ist jedenfalls, daß von jener Zeit an der Materialwaren-Großhandel nach außerhalb mehr und mehr zunahm. Unter dem Nachfolger Wolfs, dem Senator Johann Joachim Schmidt, blühte das Geschäft mächtig empor. 1764 war es etwa viermal so groß wie irgend ein anderes am Orte und hatte einen jährlichen Umsatz von 12 000 Talern. Seine Waren gingen bis nach Petersburg, durch ganz Böhmen und nach Ungarn bis hinter Preßburg. Schmidts Geschäft lag in Cottbus am Markt Nr. 85 und 86.

Ueber das Gründungsjahr einiger anderer älterer Häuser sind wir nicht unterrichtet. Wir wissen aber, daß es vor dem Siebenjährigen Krieg 3 Materialwarenhändler in Cottbus gab, während 1764 deren 5 aufgezählt werden. Besonders nach dem Siebenjährigen Kriege verstanden es die Cottbuser Kaufleute, den Materialwaren-Großhandel und das Speculations-Geschäft immer mehr nach Cottbus zu ziehen. Zu den älteren Geschäften gehörte das von Christian Ludwig Ohnesorge, das 1764 einen Jahresumsatz von ca. 3000 Tlr. erzielte. Ohnesorge sowie auch die Fa. Keyling widmeten sich fast ausschließlich dem Kleinverkauf. Einen guten Klang hatte zu jenen Zeiten der Name Lobedan. Der Tuchhändler Lobedan verfügte über 30 000 Taler Barvermögen und besaß mehrere Häuser in der Stadt. 1765 ließ sich sein Sohn Samuel Ferdinand als Materialist in Cottbus nieder. Etwa um dieselbe Zeit, 1764, gründete Christian Wilhelm Schemel eine Materialwarenhandlung, die seine Witwe 1797 an Friedrich Gotthilf Brückner, den Schwiegersohn Lobedans, verkaufte. Die Firma führte später den Namen Brückners Erben.

Nicht alle Firmen hatten so langen Bestand, einige gingen nach kurzer Zeit durch Bankerott ein. Wie man damals zuweilen gegen zahlungsunfähig Gewordene vorging, zeigt das Beispiel des Cottbuser „Materialisten“ Töpfer. Er erhielt wegen Bankerott 4 Wochen Gefängnis, weil er 1. in dem Vorwerks-Garten ein Lusthaus für 100 Taler gebauet, 2. bei der Hochzeit seines Bruders für eine gemietete Kutsche ohne Fuhrlohn 7 Taler und dem Frisör einen Dukaten bezahlt, 3. täglich auf dem Schleyerschen Caffée-Hause Karten gespielt, des Nachmittags mit einem eigenen Reitpferde und mit Gold besetzten Reitkleidern spazieren geritten, auch 4. mit anderen wohlhabenden Kaufleuten Kränken unterhalten.“

Besonders in den 80er Jahren des 18. Jahrhunderts häuften sich die Zusammenbrüche, so daß hierdurch von 1783—1786 die Gläubiger 73 915 Taler an Cottbuser Materialwarenhändlern verloren. Es scheint, daß durch starke Konkurrenz — 1787 zählte man in Cottbus 15 Materialwaren-

händler — die weniger tüchtigen und die kapital-  
schwachen Elemente erdrückt wurden. Den  
übrigen aber brachte der Handel reichen Gewinn,  
so daß sie zu den wohlhabendsten und angesehen-  
sten Bürgern der Stadt zählten.

## Stadtbrände.

Als sich im Mittelalter der Cottbuser Handel  
hob und damit die Zahl der Einwohner zunahm,  
wurde Cottbus eine typische mittelalterliche  
Stadt. Die zumeist aus Holz gebauten  
Häuser, die trotz gegenteiliger Vorschriften  
vielfach mit Stroh gedeckt waren, standen  
eng aneinander. So ist es leicht verständlich, daß  
in früheren Zeiten selbst kleine Brände einem  
ganzen Stadtteil, ja sogar der gesamten Stadt  
verhängnisvoll werden konnten. Zur Verhütung  
der Gefahr mußten in jedem Hause Löschgeräte  
(langer Feuerhaken, eine Leiter und Eimer) vor-  
handen sein, von deren Zustand sich die Obrigkeit  
von Zeit zu Zeit durch Kontrollen überzeugte.

Von dem Turm der Oberkirche  
hielt der Turmwächter unablässig  
Auschau. Hatte er ein Feuer entdeckt, so hing  
er bei Tage eine rote Fahne, bei Nacht eine rote  
Laterne nach der Richtung des Feuerherdes her-  
aus. Hell erklang sein Feuerhorn über der Stadt,  
und mit einem Sprachrohr machte er sich der  
unten harrenden Menge verständlich. Nun eilten  
die Bürger zur Brandstelle, um Hilfe zu leisten.  
Hierzu waren sie verpflichtet, denn bei Erwerb des  
Bürgerrechts mußten sie geloben, „in ereignenden  
Feuersbrünsten nach menschlichem Vermögen sofort  
zuzuspringen und Rettung thun zu helfen.“

Alle diese Maßnahmen konnten aber nicht  
verhindern, daß häufig Feuersbrünste der Stadt  
großen Schaden zufügten. Von einigen der be-  
deutendsten sind uns Aufzeichnungen erhalten.

Kein Chronist vergaß zu berichten, daß  
am 19. September 1468 ein Blitzstrahl zündete  
und ganz Cottbus samt der Oberkirche in Asche  
legte. Elf Jahre später widerfuhr der kaum  
neu aufgebauten Stadt daselbe Unglück, wo-  
bei abermals der größte Teil der Stadt ab-  
brannte.

Im Jahre 1566 entstand in der Spremberger Gasse ein Feuer, bei dem 29 Häuser niederbrannten. Ein Jahr später brach bei dem Bürger Blaschek der des Nachts, während er braute, Feuer aus, das 28 Häuser zerstörte. 1583 wurden in Sandow durch Brandstiftung 27 Scheunen Cottbusser und Sandower Bürger vernichtet.

Weit schrecklicher war jedoch der Stadtbrand vom 3. September 1609, der im Hause des „alten Martin Meyer“ seinen Anfang nahm. Nahezu die gesamte Stadt, einschließlich der Kirchen, der Schule, des Rathauses, des halben Schlosses und dessen Mühle, sowie ein Teil von Sandow mit dem Hospital wurden eingeäschert. Nur 9 kleine Häuser blieben in der Stadt stehen.

Der Wohlstand der Stadt war durch dies Unglück auf lange Zeit vernichtet. Die „armen, elenden“ Einwohner flehten den Kurfürsten an, ihnen aus der Fehrow'schen Heide 20 Schock Bauholz für den Wiederaufbau der Pfarrkirche und 12 Schock für die Schule, Pfarr- und Kaplanhäuser zu bewilligen. Auf Bitte der Stadt ordnete der Kurfürst überdies Rückgabe des Silbers an, das 1543 dem Markgrafen Johann von der Pfarrkirche (203 M. und 10 Lot) und dem Kloster sowie dem Kreuzhof (40 M.) geliehen worden war. Der kurfürstliche Baumeister aus Peitz erhielt Befehl, den Wiederaufbau des Schlosses in Cottbus zu leiten. Daher bat der Rat, ihm Anweisung zu erteilen, der Stadt mit gutem Räte beizustehen, wie die notwendigen Gebäude Gott zum Lobe, dem Churfürsten aber zu Ehren und Wohlgefallen allmählich möchten auf beste und zierlichste wiederum erbauet und zugerichtet werden.

Uneigennützigerweise hatte Hans Leschte, der geraume Zeit als Bürgermeister und Kirchenvorsteher in Cottbus tätig war, bei dem Brande die in seiner Verwahrung befindlichen Kirchensbücher und Akten gerettet, während seine Bibliothek und Besitztümer verbrannten. Bürgermeister und Ratmannen der Stadt empfahlen daher dem Kurfürsten, ihn „mit einer Verehrung zu bedenken.“

Die schlimmsten Folgen dieses großen Brandes waren kaum überwunden, als 1615 in der Nacht vor Himmelfahrt in der Sandower Gasse bei Harnischmacher ein Feuer ausbrach, bei dem 55 Häuser verbrannten. In den Jahren 1622, 1624, 1629, 1634, 1641 forderten kleinere Brände jedesmal einige Häuser zum Opfer. Am 27. September 1641 stand die Sandower Gasse abermals in Flammen. Das Feuer, das bei dem Fleischer Peter Richter entstanden war, breitete sich auf die Sandower Vorstadt, den sogenannten Senftenbergischen Winkel, aus und legte in der Stadt 32 Häuser, darunter 10 Brauhäuser, in Asche, dazu in der Vorstadt 20 Häuser. 1643 lag der General v. Königsmark mit seinen Reitern in Sandow. Durch ihre Unvorsichtigkeit brannten am 6. September das Hospital und etliche Häuser ab.

Besonders genaue Aufzeichnungen sind uns über den letzten allgemeinen Stadtbrand von 1671 erhalten. Das Feuer brach am Sonntag, den 20. März, gegen 2 Uhr früh, in der Hintermühle aus. Man beschuldigte den Müller, den Brand durch Fahrlässigkeit verursacht zu haben, und entließ ihn aus seiner Stellung. Ein starker Südostwind trieb das Feuer nach der Vordermühle, so daß in kürzester Frist auch diese, die Kastnerei, einige Ställe und die angrenzende Gasse in Flammen standen. An Löschen war nicht mehr zu denken. Von fliegenden Spedseiten weitergetragen wälzte sich das Feuer wie ein fließender, brausender Strom durch die Spremberger Gasse auf den Markt zu, so daß der Amtskastner Blesendorf an die kurfürstliche Kammer berichtete:

„Die ganze Stadt ist gar geschwinde, so zu sagen in einem Augenblick in Asche gelegt.“

Eine Seite brennenden Speds flog auch auf das Kirchturmkreuz der Oberkirche und zündete den Turm an, der gänzlich abbrannte, wobei auch die vier Glocken zerschmolzen. Den vereinten Anstrengungen der Bürger gelang es jedoch, die Kirche, Pfarrhäuser und Schule sowie die Sandower Gasse zu retten. Dagegen brannten die Klosterkirche und das Rathaus mit allen Urkunden



bis auf den Grund nieder. Auf der anderen Seite der Stadt jagte der Wind das Feuer über die Stadtmauer in die Brunschwiger Vorstadt, die gänzlich abbrannte.

Vier Personen, zwei Erwachsene und zwei Kinder, kamen in den Flammen um. 93 Brauhäuser und 214 Wohnhäuser wurden vernichtet. Infolge des Brandes gerieten die Stadt und ihre Bewohner wiederum in größte Not und Armut. Auf ihre Bitte um Hilfe gewährte der Kurfürst jedem Abgebrannten aus der kurfürstlichen Forst unentgeltlich Bauholz, jedoch sollte auch der Rat jedem nach Möglichkeit Bauholz aus der Stadtforst geben. Den abgebrannten Brauern wurden im ersten Jahre nach dem Brande die gewöhnliche Bierzinse und die doppelte Malze gänzlich erlassen, im zweiten Jahre die Hälfte. Wer ein Brauhaus wieder aufbaute, erhielt außerdem 60 Taler Beihilfe. Zum Aufbau der gänzlich abgebrannten Walkmühle bewilligte der Kurfürst den Tuchmachern 2 Jahre Erlaß des Walkzinses. Ferner wurde in den Kirchen der Mark für die abgebrannte Cottbuser Kirche, die Pfarrhäuser und das Rathaus eine Kollekte angeordnet. Das einkommende Geld sollte an das Konsistorium gesandt werden, „damit die Solicitanten das colligirte Geld allhier empfangen und nicht durch Ausschickung gewisser Leute in Unkosten gebracht werden, als welche gemeiniglich, was sie colligiret, wieder verzehren und wenig oder nichts einbringen.“

An das große Feuer von 1671 erinnerte bis zum Jahre 1771 ein alljährlich am Montag nach Reminiscere abgehaltener Buß- und Bettag mit 3 Predigten, erinnert heute noch das Haus Klosterstraße 66 mit seinen unter dem Dach angebrachten drei Mohrenköpfen (hier hörte das Feuer am 21. März nachmittags  $\frac{1}{3}$  Uhr auf), erinnerte endlich das dreimalige Anschlagen an die große Glocke nachmittags um  $2\frac{1}{2}$  Uhr, das nun schon seit langer Zeit leider in Vergessenheit geraten ist.

In den nächsten zwei Jahren wütheten wiederum zwei Brände in der Stadt. Der dritte bedrohte gar wieder den Bestand der Stadt. Nach dem Berichte des Hauptmanns v. Rambold brach



am 10. Januar 1674 im Hause eines Kupferschmiedes, in der Nähe des Schlosses, dicht beim Sandower Thor, ein Feuer aus, das der Wind auf die gegenüberliegenden Häuser trieb. Da alle aus Holz gebaut und mit Stroh gedeckt waren, so gerieten sie alle zugleich in Brand, zumal „die Häuser so gar nahe aneinander gebauet, daß immer eine Schwelle und Wand aneinander stieß.“ Daß nur 16 Häuser mit Nebengebäuden verbrannten, war hauptsächlich dem Kapitän-Leutnant Bleich aus Peitz zu danken, der mit 50 Soldaten zur Hilfe eilte. Sonst, so berichtete Wambold, „hätte es gar leicht geschehen können, daß nicht allein das übrige, was noch vorhanden gewesen, auch was nach den vorherigen Bränden wieder aufgebaut worden, nebst E. Churf. Durchl. Schlosse periciren können.“

Als nun am 14. April 1674 abermals 3 Häuser abbrannten, nahm Blesendorf die Gelegenheit wahr, den Kurfürsten zu berichten, daß die meisten Bürger den kurfürstlichen Befehl von 1671, alle Häuser mit Ziegeln zu decken, nicht befolgt hätten. Solange dies aber nicht geschehen sei, wäre stets ein Brandunglück zu befürchten. Als besonders feuergefährlich wurden die Brauhäuser angesehen. Deshalb empfahl Blesendorf dem Kurfürsten, niemand mehr eine Bier-Zinse frei zu geben, dessen sämtliche Häuser nicht mit Ziegeln gedeckt wären. Dementsprechend befahl der Kurfürst, daß bis Bartholomäi sämtliche Häuser in der Stadt mit Ziegeln zu decken seien und die Strohdächer verschwinden müßten. Hierüber erhoben die Bürger ein lautes Wehklagen, da sie zu arm wären. Viele erklärten, ihre Häuser wären nur mit schwachen Holzbalken versehen, so daß sie die schweren Ziegelbedächer nicht tragen könnten und gänzlich neu aufgebaut werden müßten. Wambold, der die Klagen gerechtfertigt fand, reichte sie dem Kurfürsten weiter. Er bat, denen, die ihre Häuser wegen der Ziegelbedachung neu aufbauen müßten, auf 2 Jahre die Kontribution zu erlassen, denen, die ihre Häuser nur mit stärkeren Balken versehen müßten, die Kontribution auf 1 Jahr zu erlassen. Der Kurfürst gewährte nicht nur dies, sondern ordnete sogar an, wegen der Strohdächer die

Leute nicht gar zu sehr zu drängen, sondern ihnen Zeit zu gönnen, damit sie nach und nach ihre Gebäude ändern könnten. Zur selben Zeit befahl er aber Wambold, darauf zu achten, daß der Umbau auch wirklich vorgenommen würde.

Während nun in der Stadt die Ziegeldächer allmählich die Strohdächer verdrängten, erhielt sich in den Vorstädten die alte gefährliche Bauweise. Kleine Unvorsichtigkeiten verursachten hier auch ferner Brandkatastrophen, die Verluste an Menschenleben, Geld und Gut zur Folge hatten. So hatte in der Ostrow 1717 Eva Köpen auf den offenen Feuerherd Späne geschüttet, um Garn zu äschern. Der Zugwind trieb die brennenden Späne vom Herd, und bald stand das Haus in hellen Flammen. 16 benachbarte Häuser, Ställe und Gebäude gerieten in Brand und Teile der Stadt waren bedroht. Zwei Menschen und 17 Stück Hornvieh kamen in den Flammen um. Die fahrlässige Brandstifterin sollte zur Strafe öffentlich gestäupt und dann auf ewig des Landes verwiesen werden. Ihr Mann machte aber geltend, daß er durch die Landesverweisung der hauptsächlich Gefrahte wäre. Da sich überdies die Frau tapfer am Löschen beteiligt hatte, erließ man ihr die Strafe und legte ihr nur eine Geldbuße von 20 Talern auf.

Man sollte wohl meinen, daß sich die Einwohner derartige Vorkommnisse zur Warnung dienen ließen, aber noch in der Mitte des 18. Jahrhunderts berichtete Beuch, daß die 524 Wohnhäuser der Stadt zwar alle mit Ziegeldächern versehen waren, daß sich aber unter den 63 Häusern der Vorstädte noch manche mit Stroh und Schindeln gedeckt befanden, nebst 45 Scheunen.

## **Die Anfänge der Cottbuser Straßenbeleuchtung.**

Reinigung und Beleuchtung der Städte ließen in früheren Jahrhunderten alles zu wünschen übrig. Lange Zeit bildeten in Cottbus einige wenige Laternen, die zu Nutzen der Bierbrauer zumeist an den Brunnen angebracht waren, die einzige Straßenbeleuchtung. Wer nach

Dunkelheit ausging, tat gut, eine Lampe mitzunehmen, um wenigstens die ärgsten Prüken zu vermeiden. Es bedeutete einen großen Fortschritt, als 1766 in den Straßen 131 Laternen aufgestellt wurden. Freilich verbreiteten sie nur ein kümmerliches Licht, da sie noch reichlich dürftig waren. Holzpfähle, die trotz häufigen Anstreichens nach wenigen Jahren faulten, trugen eine unansehnliche Blechlaterne. Die trübe Flamme flackerte bei jedem Lüftchen, bei starkem Wind und Regenwetter erlosch sie gänzlich und die Stadt war in Dunkel gehüllt. Die Kosten für diese wenig pomphafte Beleuchtung flossen aus der Kämmerei und aus Beiträgen der Bürgerschaft. Besitzer von Brauhäusern zahlten 1 Gr., Eigentümer kleiner Häuser 6 Pf. und Mitbürger 3 Pf. monatlich. Jeder neue Bürger mußte bei Gewinnung des Meisterrechts 12 Gr. zur Laternenkasse beisteuern.

Die Bedienung der Straßenlaternen wurde von der Stadt unter Zustimmung der Regierung an einen „Unternehmer“ vergeben, der jährlich 260 Taler Vergütung bezog. Dafür mußte er aber nicht nur das Anstecken und Putzen besorgen, sondern er hatte die Laternen auch gebührend mit Del und Docht zu versehen. Vor 1770 hatte der Tischler Boß den wichtigen Posten inne, danach finden wir 12 Jahre lang Glaser Schrödter als Laternenanzünder tätig. Jedoch versah er die Lampen so spärlich mit Del und Docht, daß mancher Cottbuser Nachtschwärmer seinen Heimweg im Dunkeln antreten mußte. Daher wurde das Amt 1782 dem Klempner Just übertragen. Just war ein weitgereister Mann, der die Straßenbeleuchtung Dresdens studiert hatte. Er schlug vor, nach Dresdener Muster Wiener Gaslaternen mit Lichtspiegeln anzuschaffen, die auf eisernen Armen an den Häusern zu befestigen wären. Auf dem Marktplatz wollte er gar eine steinerne Säule mit 5 Lampen errichtet wissen. Da er mit Recht annahm, daß die Stadt für derartig „auschweifende Pläne“ kein Geld bewilligen würde, erbot er sich, die Kosten selbst zu tragen. Jedoch war er „zur Zeit noch nicht fest entschlossen, ob ihn nicht der Gedanke,

sich zu verheiraten, überkommen könne“ und bat daher, ihm für sein Opfer das Amt als Laternenanzünder auf 30 Jahre zu übertragen. Gern stimmte der Rat dem Vorschlage zu, würde die Stadt auf diese Weise doch kostenlos Laternen erhalten, die „der Vollkommenheit nahe“ waren. Allein die Regierung machte einen Strich durch die Rechnung, indem sie die Genehmigung ver-  
sagte.

Im Jahre 1786 brachte Just abermals in Vorschlag, neue Laternen anzuschaffen, oder doch wenigstens die Zahl der bisherigen um 11 zu vermehren. Diese sollten in der Neustadt aufgestellt werden. Die Neustadt, die ausschließlich von Professionisten, in der Hauptsache Tuchmachern, bewohnt wurde, erfreute sich bis dahin gar keiner Beleuchtung. Das letzte Licht, das jenen Bewohnern leuchtete, stand im Neustädter Thor und war wegen der Akzise-Defraudation angeschafft worden. Bei Dunkelheit, Regenwetter und besonders auch im Winter war es nahezu unmöglich, die Straßen der Neustadt zu passieren. Sie befanden sich nämlich in so schlechtem Zustande, daß die Bewohner „bis an die Knie in dem Morast baden“ mußten und ihre Kinder nicht selten auf dem Wege zur Schule darin stecken blieben.

Nachdem die Neustädter schon 20 Jahre lang getreulich ihren Beleuchtungsbeitrag gezahlt hatten und noch immer im Dunkeln lebten, wurden sie mehrfach wegen Beleuchtung ihres Stadttheiles vorstellig. Um die „qualurierenden Vorstädter“ (!) zufriedenzustellen, hielt der Magistrat jetzt den Zeitpunkt für gekommen, ihnen 11 Laternen zu beschaffen. Wie zu jener Zeit erforderlich, richtete der Magistrat ein Gesuch an den König, die Aufstellung der 11 Laternen zu genehmigen. Dieser aber war der Meinung, „daß, da die Stadt Cottbus nicht bequartiret, nicht abzusehen sei, warum die Laternen zur Belästigung (!) des Publici vermehrt werden sollen, vielmehr darauf Bedacht genommen werden müßte, die Anzahl derselben zu vermindern (!), da, wenn die bisherige Anzahl Laternen auseinander gelekt würden, es wohl an-

gehen würde, auch die Neustadt mit einigen zu versehen, ohne noch mehrere neue anzuschaffen.“

Trotz dieser ablehnenden Stellungnahme des Königs kam der Kriegs- und Domänenrat Kruse-  
mark persönlich nach Cottbus, um sich über die  
Notwendigkeit der geplanten Neuerung an Ort  
und Stelle zu unterrichten. Hieran hatte er gut  
getan, denn nun konnte er dem König berichten,  
„daß die 131 Laternen ohne ihren ganzen Nutzen  
der Erleuchtung der Straßen völlig zu verlieren,  
nicht so viel weiter auseinander gesetzt werden  
könnten. In den Hinterstraßen stehen die La-  
ternen 80 Fuß auseinander.“

Nach diesem Bericht seines Rates verweigerte  
der König nicht länger die Genehmigung, zumal  
hervorgehoben wurde, daß die neue Beleuchtung  
zu demselben Preise wie bisher ausgeführt würde.  
Aus Liebe zur Sache hatte sich Just nämlich be-  
reit erklärt, auch diese 11 Lampen ohne Gehalts-  
zulage zu betreuen. Er mußte sie mit „Del und  
Locht-Garn“ gebührend versehen, die notwendigen  
Reparaturen selbst vornehmen und hauptsächlich  
auch die Lampen abends anstecken. Hierbei halfen  
ihm zwei Gehülfen, mit denen zusammen er die  
Lampen vom Oktober bis März in den kürzesten  
Tagen um 5½, in den längeren um 6½ Uhr  
abends anzündete und sie um Mitternacht wieder  
auslöschte. Nach dem Pachtvertrage von 1806  
wurden die Lampen gar nicht „angestochen“,  
wenn der Neumond sein Licht bis abends 10 und  
11 Uhr verbreitete. Just erfüllte die Pflichten  
seines Amtes mit so großem Eifer, daß der  
Magistrat 1790 an den König berichten konnte,  
daß Just „alle vor ihm gewesenen Entrepreneure  
übertroffen, und daß er vor diese Laternen-Wirt-  
schaft so eingenommen, daß er selbige mit Ver-  
gnügen betreibt, und selbige von Zeit zu Zeit zu  
verbessern äußerst bemüht ist.“ Bedauerlicher-  
weise hatte der wohlwollende Magistrat zu dieser  
Eingabe nicht das vorgeschriebene Stempelpapier  
verwendet. Daher wurde er von Krusemark  
schleunigst in 1 Taler Strafe genommen. (!)

Als 1800 das Lebenslicht des Just erlosch,  
übernahm sein Better und Erbe George Just die  
Stadtbeleuchtung zu denselben Bedingungen wie  
bisher. Bald klagte er, daß er infolge Steigens  
der Materialienpreise und Löhne mit 262 Talern

Pachtgeld nicht mehr zurechtkäme. Jährlich müsse er dabei sogar 50—60 Taler zusetzen. Er wurde aber angehalten, die Pachtzeit durchzuhalten. Nach Ablauf des Vertrages, 1807, wurde die Verpachtung durch die Berliner Blätter und durch mehrere Anzeigen an Kirch-Thoren und am Rathause angekündigt. Das Geschäft muß aber in der That wenig ertragreich gewesen sein, denn zum Termine fand sich außer Just, der nur hören wollte, wie die Sache ablaufe, niemand ein. Nach vielem Zureden, „und da bereits die Glocke 12 Uhr geschlagen hatte,“ übernahm er schließlich für 350 Taler die Pachtung auf weitere sechs Jahre.

---

## Literaturangabe

### 1. Cottbusser Landeshauptleute.

- Goldschmidt, Hans**, Die Grundbesitzverteilung in der Mark Brandenburg und in Hinterpommern. Berlin 1910.
- Gulde, C.**, Nachrichten von den Voigten, Landeshauptleuten und Verwesern der Herrschaften Cottbus und Peitz. Im Lausitzischen Magazin 1786 S. 379—381 und 1787 S. 2—4.
- Sinke, D.**, Die Behördenorganisation und die allgemeine Staatsverwaltung Preukens im 18. Jahrhundert. Acta Borussia Bd. VI 1. Hälfte. Berlin 1901.
- Petersen, Carl**, Die Geschichte des Kreises Beeskow-Storkow. S. 159—182 „Die Hauptmannschaft“ Beeskow 1922.
- Schmidt, Fritz**, Amtshauptmann Georg Abraham v. Grünberg und seine Zeit für die Herrschaft Cottbus. Cottbus 1910.
- v. Schönfeldt, Ernst**, Aus alter Zeit. S. 62 bis 64 Die Landeshauptleute. S. 64—67 Der letzte Cottbusser Landeshauptmann. Cottbus 1892.
- Akten des Preuk. Geheimen Staats-Archivs.** Prov. Brandenburg Rep. 7 Abt. I Tit. 2a Spec. Gerichts Sachen Nr. 1. Rep. 56 Nr. 14, 15, 16.

### 2. Die Lage der gutherrlichen Bauern usw.

**Preukisches Geh. Staats-Archiv** Rep. 56 Nr. 25. General Direkt. Neum. Gesinde Sachen No. 1. „Paver- Gesinde- Hirten- und Schäffer-Ordnung. Nach welcher sich Jedermann in Unserer Herrschaft und Weichbilde Cottbus richten soll.“ 1685.

Ein Originaldruck dieser Ordnung befindet sich auch in Prov. Brandenbg. Rep. 3 Kreis Cottbus. Justizsachen II/17.

### 3. Die französische Kolonie in Cottbus.

Frielinghaus, W., Zur Geschichte der Schloßkirche in Cottbus. Cottbus.

Muret, Ed., Geschichte der Französischen Kolonie in Brandenburg-Preußen. Bl. 1885.

Pr. Geh. St. A. Rep. 56 Nr. 39. Rep. 122 Nr. 3 c I/19, 25, 67; 3 c II/42; 6 a/10; 6 c/1 vol. I.; 13 a/1—18, 43. Rep. 92 Beckmanns Nachlaß III/5. Prov. Brandenburg. Rep. 3 (Stadt Cottb.) I/34, I/50, III/6. Neumärk. Dept. des ehemal. General Direkt. Colonisten-Sachen 1—22.

### 4. Der Cottbusser Materialwarenhandel.

Pr. Geh. St. A. Rep. 78 IV R. 12, 6. Prov. Brandenburg. Rep. 3 (Kreis Cottb.) II/3. Prov. Brandenburg. Rep. 3 (Stadt Cottbus) I/19, 20, 36, 55, 60, 63, 66, 72, 80, 96, 101, 109, 114, 117, 123, 138, 140, 174, 199, 290; II/2. Rep. 56 Nr. 39.

### 5. Stadtbrände.

Pr. Geh. St. A. Rep. 56 Nr. 28, 31, 34, 39. Rep. 92 Topographica D/9.

### 6. Straßenbeleuchtung.

Gulde, C. C. Topographische Beschreibung der Stadt Cottbus. Lausitzisches Magazin 1787 S. 170.

Pr. Geh. St. A. Rep. 3 (Stadt Cottb.) I/62, 270; IV/32. Rep. 19 Stadtsachen (Cottb.) I/85a.